

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
 Moskauer Prozeßgeheimnisse
 Die Stimme des Göbbels
 Reformisten und Planisten
 Autarkie in Walfischen

Die Absage an die Abrüstung

Vergeblicher Bluff des Faschismus

Nach der Verklündung des englischen Rüstungsprogramms hat die deutsche Diktatur zum bösen Spiel wenn nicht gute, so doch gleichgültige Miene gemacht. Man wollte das ohnehin von Kriegsangst und Nahrungsorgen gepöbelte Volk nicht von neuem beunruhigen. Man wollte ihm nicht gestehen, daß die Hoffnung, nachdem die kostspieligsten einmaligen Ausgaben nun gemacht wären, zu einer Verlangsamung des Aufrüstungstempos zu gelangen, getrogen hat; daß als Antwort auf die englische, französische, russische Abwehr eine neue, kaum minder kostspielige Phase beginnt, daß alle Aussicht auf Milderung der Rohstoff- und Lebensmittelknappheit, auf Besserung der Lebenshaltung schwindet, daß neue Entbehrungen bevorstehen. Das englische Rüstungsprogramm ist für Deutschland noch dazu um so unangenehmer, da sich bei der hastigen deutschen Aufrüstung manch schwere Mängel ergeben haben. Alle Berichte über die Erfahrungen, die mit dem verschiedenen Kriegsmaterial im spanischen Bürgerkrieg gemacht worden sind, stimmen darin überein, daß zwar die deutschen Flugabwehrgeschütze erstrangig sind, daß aber die Luftwaffe und die Tanks schwere Fehler aufweisen, und namentlich die Flugzeuge den russischen und französischen unterlegen sind. Zu der neuen, jetzt erforderlich werdenden Rüstungsvermehrung kommt so die Notwendigkeit, die technisch unzulängliche Luft- und Tankwaffe zu einem großen Teil zu erneuern.

Das alles kann man nicht sagen, und so überläßt man die Antwort, die man nicht selbst geben kann, dem italienischen Freunde. Die italienische Presse verfiel auf Kommando in einen schrecklichen Wutausbruch: jetzt sind die wirklichen Ruhestörer entdeckt — die demokratischen Nationen. England rüste nur, um den Status quo, den gegenwärtigen Zustand, aufrecht zu erhalten. Status quo bedeutet allerdings den Frieden, aber eben den englischen Frieden, die Aufrechterhaltung der englischen »Vorherrschaft«. Diese elenden Engländer könnten, schreibt die »Tribuna«, jeden Versuch anderer Mächte, Änderungen herbeizuführen, gar als Angriff auffassen. Das könnte ihnen, den Reichen, so passen! Die Habenichtse bleiben das Opfer... Damit wird ganz offen proklamiert, daß Hitler, der eben beteuert hat, daß die Periode der Überraschungen vorüber und Deutschland keine territorialen Ansprüche habe, und Mussolini, der eben, nachdem er aus dem Habenichts der Kaiser von Abessinien geworden, versichert hatte, daß das neue italienische Imperium nun gesättigt sei, das Recht haben, zu bestimmen, welche Gebiete ihnen die großen Mächte abzutreten haben. Tun sie es nicht, so sind sie eben die Angreifenden, wie Ribbentrop das in der Rede auf der Leipziger Messe so ähnlich sagte: entweder werden Deutschland in der Kolonialfrage die nötigen Konzessionen gemacht oder die Frage werde schließlich einmal gewaltsam zur Entscheidung kommen.

Dem Pressegetöse folgten die Beschlüsse des faschistischen Großrats — eines der Pseudonyme Mussolinis — auf dem Fuß. Sie sind kriegerisch. Der Großrat ist der »Ansicht, daß irgendwelche Möglichkeit einer Rüstungsbeschränkung endgültig auszuschließen ist«. Das ist eine direkte Herausforderung, nicht nur an Eden und Blum, sondern an alle, die den Frieden dauernd sichern wollen. Denn so wahr es ist, daß jetzt den

angriffslustigen Diktaturen und ihren Vasallen von allen anderen Staaten das Maximum überlegener Waffengewalt vereint entgegengesetzt werden muß, um den Amoklauf zu verhindern, so wahr ist es, daß als letztes Ziel die internationale kontrollierte Abrüstung bleibt. Die deutsche und italienische Ablehnung der Abrüstung, die wirkliche und beabsichtigte Ursache des Scheiterns aller Abrüstungsbemühungen, war und ist eben die offene Bekundung des Kriegswillens und vielleicht ist sie zur Aufklärung mancher englischer Kreise ganz nützlich. Wenn aber der Großrat eine »weitere angemessene Vermehrung der Wehrmacht«, die »vollständige Militarisierung sämtlicher aktiver Kräfte zwischen 18 und 55 Jahren mit regelmäßiger Einberufung der mobilisierten Klassen« und schließlich die »Erreichung eines Höchstmaßes an Autarkie, was die militärischen Bedürfnisse betrifft, und wenn nötig, »vollkommene Hintanstellung der zivilen Bedürfnisse hinter den militärischen« proklamiert, so klingt das recht stolz, aber man braucht sich davon nicht blüffen zu lassen. In Wirklichkeit hat Italien — und Deutschland ist ihm darin gefolgt — schon seit langem nicht nur alle Kräfte zwischen 18 und 55 Jahren militarisert, sondern die militärische Erziehung beginnt in den faschistischen Jugendorganisationen schon viel früher, genau wie in der Hitlerjugend. Was da bereits geschehen ist, kann kaum noch in sehr großem Ausmaß gesteigert werden, wie ja die italienische und ebenso die deutsche Militärpolitik auf die fast völlige Ausschöpfung des verfügbaren Menschen-

materials von vornherein gerichtet war. Uebrigens findet auch diese Ausschöpfung eine bestimmte kriegswirtschaftliche Grenze. Denn für die Kämpfer muß im Hinterland eine entsprechende Zahl von Rüstungsarbeitern zur Verfügung stehen und das Verhältnis von Arbeitern zu Soldaten hat sich mit der Motorisierung und Technifizierung, sowie mit dem ungeheuer stärkerem Materialverbrauch in einem künftigen Kriege sehr zugunsten der Rüstungsarbeit verschoben, selbst wenn man die Mobilisierung der Frauen zum Ersatz männlicher Arbeiter in Rechnung stellt. Noch weniger ernst braucht man die Drohung mit der Autarkie zu nehmen. Italien ist da noch in viel ungünstiger Lage als Deutschland. Nach einer Untersuchung des Völkerbundes besitzt Italien einen bedeutenderen Anteil an der Weiterzeugung von Rohstoffen nur an folgenden Produkten: Quecksilber 31,6 Prozent, Schwefel 20,3, Hanf 17,8, Bauxit 10,3, Rohseide 6,3 Prozent. Vor allem fehlen die Metalle, auch Eisen, mit Ausnahme von Aluminium (Bauxit), ebenso wie Baumwolle und Petroleum. Der Ersatz ist teuer: kotonisierter Hanf kostet doppelt, Zellwolle viermal so viel wie Baumwolle, italienischer Braunkohlenbenzin ebenfalls das Vierfache des Importbensins. Der italienische Industriematerialienapparat, sehr viel unentwickelter als der deutsche, ist auch viel weniger imstande, die großen Investitionen zu leisten, die die Ausdehnung der Ersatzproduktion beansprucht, und vor allem bedarf diese Herstellung zunächst der Zufuhr von Rohstoffen. Die italienische Wirtschaftslage ist aber nichts weniger als glänzend. Die Kosten des abessi-

nischen Abenteuers sind nicht genau bekannt, sie werden aber verlässlich auf 14,4 Milliarden Lire beziffert. Die Devisenlage ist ungünstig. Der letzte Ausweis der Notenbank war am 20. Oktober 1935 veröffentlicht worden, dann wurde die Publikation mit Rücksicht auf den abessinischen Krieg und die Sanktionen eingestellt. Jetzt hat der Finanzminister dem Großrat mitgeteilt, daß sich die Gold- und Devisenstände auf 4021 Mill. Lire belaufen. Im letzten Ausweis waren 4315 Mill. Lire angeführt. Aber seitdem hat Italien den Wert des Lire um 40 Prozent herabgesetzt, und die 4 Milliarden Lire entsprechen heute ungefähr 300 Mill. RM. Außerdem hat Italien den Erlös der nichts weniger als freiwilligen Geldsammlungen und den größten Teil der beschlagnahmten ausländischen Wertpapiere verbraucht. Den Versuch, die Autarkie weiter zu treiben, das heißt, die Einfuhr zu drosseln, müßte es naturgemäß mit einer weiteren Verminderung seines Exports bezahlen. Die Wirtschaftslage zeigt zudem wachsende Spannungen. Das Preisniveau steigt trotz aller Gewaltmaßnahmen der Diktatur. Der allgemeine Index der Großhandelspreise stieg von 74,3 im Januar 1936 auf 80,2 im Januar 1937. Aber das sind offizielle, zurechtgemachte Zahlen. Die Kleinhandelspreise ziehen unausgesetzt und viel stärker an. Der »Secolo-Sera« klagte kürzlich sehr beweglich über »spekulative« Preissteigerungen auf dem Lebensmittel- und Textilmarkt. Die vorgeschriebenen Höchstpreise würden durch Berechnung von Transport-, Gewichtsverlust- und Steuerzuschlägen umgangen. Die Preise von Textilien und chemischen Pro-

Der Skandal um Danzig

Polnische Zustimmung zum Verfassungsbruch?

Nachdem am 1. März der vom Völkerbunderat neu ernannte Hohe Kommissar für die Freie Stadt Danzig, Professor Carl Burckhardt, in Danzig eingetroffen ist, hat sich das Interesse der politischen Kreise in Danzig vornehmlich wieder den Problemen der Durchführung der Verfassungsgarantie durch den Völkerbund zugewendet. Der neue Hohe Kommissar hat vor seinem Amtsantritt den britischen Außenminister Eden und den französischen Außenminister Delbos besucht, um mit ihnen die Gesichtspunkte und Richtlinien durchzusprechen, die nach den Auffassungen der Mitglieder des vom Völkerbunderat eingesetzten Dreier-Ausschusses, für die Tätigkeit des neuen Hohen Kommissars leitend sein sollen. Es verlautet, daß Burckhardt in den nächsten Wochen auch einen Besuch bei dem dritten Mitglied der Dreier-Kommission, dem schwedischen Außenminister Sandier, abfassen will.

Währenddessen hat in Danzig eine in den beiden nationalsozialistischen Blättern am 3. März wiedergegebene Unterredung nationalsozialistischer Journalisten mit dem Danziger Senatspräsidenten Greiser erneut Beunruhigung hervorgerufen. Greiser, der anlässlich seines Jagdbesuches in Biakwiczain Polen bei seiner Rückkehr in Warschau eine Unterredung mit dem polnischen Vize-Außenminister Graf Szembek hatte, hat laut »Danziger Neueste Nachrichten« den nationalsozialistischen Journalisten über diese Unterredung und ihr Ergebnis folgende Darstellung gegeben:
 »Es ist in dieser Unterredung zum

Ausdruck gekommen, daß auf polnischer Seite der Wunsch besteht, mit Danzig erneut in Verhandlungen zu kommen, weil Polen die Entwicklung Danzigs vom demokratischen Staatswesen zum autoritär regierten Staat anerkennt.«
 Greiser bemerkte noch dazu, daß in der nächsten Zeit ein polnischer Staatsbesuch in Danzig stattfinden werde. Schon seit einiger Zeit haben Gerüchte in Danzig von einem neuen Abschnitt danzig-polnischer Verhandlungen gesprochen. Es wurde behauptet, daß solche neue Unterhandlungen bereits während der vor der Genfer Ratsagung wegen des polnischen Völkerbundauftrags erfolgten Verhandlungen vereinbart worden seien. Man habe so behaupten die Gerüchte weiter, damals auch bereits den Rahmen für die neuen Unterhandlungen festgelegt. Der nationalsozialistische Senat sei bereit, wichtige Danziger Hoheitsrechte zugunsten Polens preiszugeben. Die Danziger Zugeständnisse sollen sich auf die gemeinsame Verwaltung des Hafenausschusses, auf die Zollverwaltung und zum Teil sogar auf das Polizei- und Gerichtswesen beziehen. Das Ziel dieser Zugeständnisse soll die Einwilligung der polnischen Regierung in die völlige »autoritäre Umgestaltung des Danziger Staatswesens« sein, was naturgemäß nichts anderes als die restlose Unterdrückung der deutschen nichtnationalsozialistischen Bevölkerung in Danzig bedeuten würde.
 Am 3. März wurde der bisherige Vorsitzende der aufgelösten Sozialdemokratischen

Partei, Artur Brill, wegen Krankheit aus der Untersuchungshaft entlassen, in der er sich seit dem 2. Dezember 1936 befunden hatte. Bei dem gegen ihn anhängigen Strafverfahren handelt es sich bekanntlich um angeblichen Waffenbesitz. Brill hat während der Haft sein Mandat als Abgeordneter des Volkstages niedergelegt.

Kriegsvorbereitungen

Das Reichskabinett hat ein Gesetz über die »Sicherung der Reichsgrenzen« erlassen. Der Reichsinnenminister wird ermächtigt, »in von ihm zu bestimmenden Gebieten, insbesondere an der Reichsgrenze, alle Maßnahmen zu treffen, die für eine wirksame Sicherung der Reichsgrenze und des Reichgebietes erforderlich sind.«
 Der sogenannte »Grenzschutz« wird seit Monaten unaufhörlich verstärkt. Besonders von den Grenzen gegen die Tschechoslowakische Republik sind in der letzten Zeit mehr oder weniger alarmierende Gerüchte über die Aktivität dieses Grenzschutzes eingetroffen. Das neue Gesetz bezieht sich höchstwahrscheinlich auf die Ausweisung unerwünschter Einwohner aus den Grenzgebieten und auf ähnliche Maßnahmen. Es ist ein Glied in der Kette der deutschen Kriegsvorbereitungen.
 Heute, ein Jahr nach der Rheinlandbesetzung, rühmt sich die Reichswehr nun offiziell, daß das Rheinland inzwischen ausreichend befestigt sei.

Die blutige Fratze hinter dem Olivenzweig

dukten seien trotz großer Warenvorräte auf schwindelerregende Höhen gestiegen, so daß man vom Laktorenbündel das Beil werde losbinden müssen.

Aber das Beil wird wenig nützen. Schon vor der Devaluation mußte der Faschismus den Arbeitern Lohnerhöhungen von 7 bis 10 Prozent zugestehen; diese werden durch die neue Teuerungswelle längst aufgezehrt und neue Erhöhungen werden auf die Dauer kaum vermeidbar sein. Aber kann nicht Abessinien helfen mit seinen angeblich so reichen Rohstofflagern? Nun weiß man über diese zunächst noch nichts sicheres. Aber das ist heute auch noch gar nicht das Problem. Zunächst muß man nämlich investieren; man muß Straßen und Wege bauen, Hafenanlagen erweitern und vor allem für die Bedürfnisse der weißen Bevölkerung sorgen, die man nach Abessinien exportiert hat, also Kaufhäuser und Warenlager errichten, Wohnhäuser für Angestellte und Beamte bauen, Ziegel- und Zementfabriken schaffen, wie man überhaupt die Errichtung von Fabriken für Massengüter plant. Es muß also, wie die »Frankfurter Zeitung« es ausdrückt, bei den Investitionen in verkehrter Reihenfolge vorgegangen werden, erst für die Lebensbedürfnisse der weißen Bevölkerung gesorgt werden, ehe diese unter Ausnutzung der Produktivkräfte des Landes beginnen kann, wirtschaftliche Güter hervorzubringen. Und man muß gleichsam auf gut Glück investieren, denn niemand weiß, was man später einmal wird wirklich herauswirtschaften können. Daß das an der italienischen Kapitaldecke zerrt, daß das alles zunächst die Einfuhr eher steigern, die Autarkiestrebungen also hemmen muß, ist ebenso klar, als daß daran die deutsche und japanische Beteiligung an der Erschließung nichts ändern kann.

Aber, sagt die italienische Presse, wenn wir auch nicht den Wettlauf mit den englischen Milliarden aufnehmen können, wir Faschisten sind den Demokraten doch in der Verfügung über den Menschen, an Enthusiasmus und Begeisterung überlegen. Wir werden das Geld durch unsere Menschenkraft ersetzen. Sie werden sich auch darin täuschen. Nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet arbeitet die Zeit gegen die Diktaturen. Für den Umschwung in England ist nichts bezeichnender als eine Szene bei der letzten Unterhausdebatte über die auswärtige Politik. Als in der Debatte Austen Chamberlain, der frühere Außenminister, die Frage stellte, ob wohl das englische Volk für die Verteidigung der Tschechoslowakei oder anderer von Deutschland bedrohten Kleinstaaten in den Krieg gehen würde, da antworteten ihm die Liberalen und die Arbeiterpartei mit stürmischem Ja, ja! — dieselben, die bis vor kurzem noch nur allzu lange eine pazifistische Illusionspolitik vertreten hatten. Die Diktaturen mögen eine Zeitlang ihre Untertanen mit kriegerischer Begeisterung erfüllen, ihnen immer wieder eine Fata Morgana neuer Eroberungen vorgaukeln können, sie mögen sie eine Zeitlang über ihre zunehmende materielle Verelendung hinwegtäuschen; in der Demokratie wächst langsam aber sicher und unwiderstehlich doch das Bewußtsein vom Wert der Freiheit, und der Wille, sie zugleich mit dem Frieden zu behaupten. Und wer sagt den italienischen und deutschen Diktatoren, daß die englische Demokratie, überlegen von vornherein im ökonomischen Kampf, nicht auf die Herausforderung mit dem vollen Einsatz ihrer Menschen antworten wird, wie es die französische unter Führung eines Sozialisten bereits begonnen hat?

Dr. Richard Kern.

Die braune Hand

und die nationalkommunistischen Haufen. Die unterirdische Arbeit der braunen Hand in Südosteuropa ist in Ungarn sichtbar geworden. Es sind Berichte ausgegeben worden über eine geheime Verschwörung, die »eine ausländische Macht« angezettelt habe, über Verhaftungen, über eine plötzliche Abreise des deutschen Gesandten, über die Finanzierung einer subversiven Bewegung durch Millionenbeträge in Reichsmark. Die Regierung, deren Stellung in dieser ganzen Angelegenheit merkwürdig ist, versucht diese offenkundig faschistische Verschwörung in irgend eine Beziehung zu bringen zu bolschewistischer Ideologie und zu kommunistischen Kreisen.

Diese Bemühungen sind nur zu durchsichtig. Sie erinnern lebhaft an die Bemühungen, die seinerzeit von der deutschen Reichswehr gemacht worden sind, um den Putsch des Major Buchrucker mit der Schwarzen Reichswehr in Klußtrien als die Tat »nationalkommunistischer Haufen« hinzustellen. Was

In seiner Rede vom 21. Mai 1935 forderte Hitler unter »Punkte« 12:

»Die Deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß alle Versuche, durch internationale oder mehrstaatliche Vereinbarungen eine wirksame Milderung gewisser Spannungen zwischen den einzelnen Staaten zu erreichen, vergeblich sein wird, so lange nicht durch geeignete Maßnahmen einer Vergiftung der öffentlichen Meinung des Volkes durch unverantwortliche Elemente in Wort und Schrift, Film und Theater erfolgreich vorgebeugt wird.«

Das ist die Pose, die Herr Hitler hin und wieder beliebt.

Wie es in Wahrheit gemeint ist, bekundet der Generalmajor a. D. Karl Haushofer, Präsident der »Deutschen Akademie«, Herausgeber der »Zeitschrift für Geopolitik«. Wer auch nur entfernt die politisch-geistigen und personellen Zusammenhänge kennt, weiß um die ganz unmittelbare Wirksamkeit dieses modern-alledeutschen Katechismus auf mächtigste Militär- und Zivillichen rund um den Diktator. In der letzten Nummer (Heft 1 des Jahrg.) hat sich Herr Haushofer selbst zu einem Beitrag über »Mitteleuropa« aufgeschwungen. So beliebt es ihm, von der Tatsache der Tschechoslowakischen Republik Kenntnis zu nehmen:

»Und Mitteleuropa auch in seinen engeren Grenzen ist nicht eine staats- und volkspolitische Einheit. Außerdem durchzieht es ein Blinddarm im gefährlichen Entzündungszustand, der gegen den Willen der guten Hälfte seiner Bewohner mit den Sarmaten und Rassefremden des Ostens und der einen, wenigstens, der westlichen Demokratie verbunden ist. So fehlt Europa eine seiner stärksten natürlichen Kernlandschaften, die sich in ihren kühnsten Träumen sogar anmaßt, jenen Kern ohne ja gegen die fast achtzig Millionen Deutscher Mitteleuropas bilden zu wollen.«

Herrscht etwa Unklarheit darüber, daß Herr Haushofer — sozusagen der weltpolitische Treuhänder Hitlers — der Meinung ist, daß solch ein »entzündeter Blinddarm« ohne Verzug herauszuoperieren ist?

Die ÖSR ist aber keineswegs der einzige Nachbarstaat Deutschlands, dem die verantwortlichen »unverantwortlichen Elementen« in

Hitlerdeutschland in allerletzter Zeit so eine Art Vorschuß-Ultimatum haben zukommen lassen. Zwar ist Holland nicht gerade ein »Blinddarm im Entzündungszustand«. Immerhin fordert ein Herr Hendrik Kregel (also, dem Namen nach zu urteilen, ein von Göbbels gut honorierter holländischer Landesverräter!) folgendes von der Regierung im Haag in der Zeitschrift »Hochschule und Ausland« (Heft 2), die speziell vom Reichspropagandaministerium in den Dienst der Werbung von Ribbentrop-Engländern gestellt ist:

»Hollands Stunde schlägt. Es wird abgelöst von seiner Schildwache. Zwar wollen die Mächte mehr als je dieses Land zum Vorposten gegenüber dem aufstrebenden Mitteleuropa machen; zwar halten Tradition und Interesse der holländischen Mächte an diesem Bündnis mit den Westmächten noch fest. Aber das eiserne Geschehen wird über dieses Sich-auf-Veralteten-Stützen hinwegschreiten. Der Westen ist nicht mehr die beherrschende Figur unseres Erdteils. Zugleich... kann es sich nicht mehr begnügen mit der Rolle der Schildwache für England. Das ist die Ursache der Furcht, die heute die Machthaber Hollands überfällt... aber sie ahnen die furchtbare Krise, das schreckliche Entfesselwerden, die mittellose Gewalt des Schicksals.«

Natürlich — die »mittellose Gewalt des Schicksals« wird angerückt kommen mit 42-cm-Kanonen, wie seiner Zeit gegen Lüttich. Und — »für den holländischen Menschen aber wird es nur die eine Möglichkeit geben: sich zu seinem Volkstum zu bekennen... Der Sachverhalt ist nicht mehr zu mißdeuten!

Diese selbe Zeitschrift-Nummer deutet folgendermaßen sinnvoll das spanische Bürgerkriegsproblem:

»Bis zur nationalen Erhebung Spaniens hat England stets das Gibraltar benachbarte spanische Gebiet als englisches Glacis betrachtet. Im gleichen Sinne hat Frankreich in der Zeit der spanischen Demokratie Spanien als Landbrücke für seine farbigen Truppen im französischen Krieg betrachtet. Man weiß in England und Frankreich, daß ein national erwachtes Spanien solche angemessenen Nachbarrechte nicht mehr dulden wird und sucht also dem marschierenden National-Spanien immer wieder Knüppel zwischen die Beine zu werfen.«

Damit aber nicht der geringste Zweifel über das wahre Gesicht der Diktatur Platz greifen kann, sei noch die Zensur hier mitgeteilt, die die gleiche Zeitschrift dem kürzlich erschienenen Buch des amerikanischen Biologen Pearl, zukommen läßt, das dieser jetzt zum aktuellen Thema »Krieg und Uebervölkerung« hat er scheinen lassen. Der in Wissenschaftskreisen hochangesehene Professor der Universität in Baltimore kommt nach streng sachlichen ziffermäßigen Feststellungen zu dem Schluß, daß »keine Kolonialmacht Kolonien pflege, um ihre auf engem Raum zusammengedrängten Binnenbewohner zu veranlassen, in die Kolonien zu gehen«. Man habe vielmehr »Kolonien, um den Wohlstand zu vermehren.« Das werde auch nach allen Gegebenheiten der Biologie so bleiben. Mit anderen Worten: bei einem Krieg um Kolonien werde im Effekt immer nur »der Topf mit dem Kessel vertauscht«; nichts ändere sich durch sein Ergebnis in der Diskrepanz zwischen Völkern »ohne Raum« und solchen mit »Raum«; es gäbe also auch »keinen Ausweg aus dem Dilemma auf dem Wege des Krieges... Aber das darf ein Deutscher, der am Hitlersystem mit beteiligt ist, eben schon aus Grundsatz heraus nicht mehr zugeben. Und so lautet denn die Zensur, die Mr. Pearl sich an genannter Stelle gefallen lassen muß, wörtlich so:

»Solange die Güter dieser Erde ungerecht unter den Völkern verteilt sind, scheidet der Krieg das einzige Korrektiv zu bleiben, um historisch überlebte Landverteilungen zu korrigieren. Der Krieg wird erst dann entbehrlich werden, wenn der Begriff der Menschheit als solcher nicht länger nur ein statistischer Begriff, sondern eine so reale politische Macht werden könnte, daß sie in der Lage wäre, die Güter dieser Erde unter den Völkern gerecht zu verteilen. Wer aber offenen Auges durch unser Jahrhundert gegangen ist, der kann daran nicht zweifeln, daß für ein Volk, das bei der Verteilung der Erde zu kurz gekommen ist, nur das alte Sprichwort gilt: Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott.«

Die von keiner Skrupel mehr belastete Einbrechermoral fungiert hier, wie man sieht, als eine Art kategorischen Imperativs des Dritten Reiches. H. E.

Die Stimme des Göbbels

Der Oberbürgermeister von New York, La Guardia, hat sich erlaubt, offen auszusprechen, daß die fanatischen Braunhemden den Weltfrieden bedrohen. Das ist, wie die ganze Welt weiß, nichts als die Wahrheit. Das braune System ist deshalb auch mit einem hysterischen Protestschrei und einem offiziellen Protestschritt gegen diese Wahrheit vorgegangen. Es hat damit nicht nur die Wahrheit der Worte La Guardias unterstrichen, sondern darüber hinaus noch Beweise gegen sich selbst geliefert, wie sie kein Propagandist gegen das braune System erfinden könnte.

Das »Deutsche Nachrichtenbüro«, der offizielle Nachrichtendienst des Dritten Reiches, hat in einer Veröffentlichung den New Yorker Oberbürgermeister einen »jüdischen Maulhelden« und einen »schmutzigen Talmudjuden« genannt, es hat ihm »bodenlose Frechheit«, »Unverschämtheit« und »verlogenste Hetze« vorgeworfen. Diese offiziellen Beschimpfungen sind auf Befehl von der ganzen deutschen Presse abgedruckt worden —, siehe z. B. »Frankfurter Zeitung« Nr. 117/118.

Der Berliner »Angriff« nannte La Guardia »Judenbengel, Zuhälter, Hetzpostel mit beschränktem Kaschemmenverstand, hochgeturnter Zuhälter«. Diese Zei-

aus den »nationalkommunistischen Haufen« von damals geworden ist, weiß man heute.

Diese plötzliche Abwehr gegen ein zu weitgehendes Eindringen, die absichtliche Unklarheit der amtlichen Erklärungen und die angstvolle Bezugnahme auf gewisse soziale Vorgänge geben zusammen das Bild eines politisch und sozial instabilen Systems, in dem die braune Hand mit ihren gewissenlosen Methoden arbeitet, um die heutige ungarische Regierung durch eine ausgesprochene Vasallenregierung zu ersetzen.

In Rumänien hat die Regierung in dem Konflikt mit dem deutschen und dem italienischen Gesandten nachgegeben. Sie hat im

regelmäßig größere Devisenbeträge zu erhalten, die es für seine Aufrüstung verwenden kann. Vor allem aber hofft es, durch die »Sozialversicherungs-Vertrauensmänner«, die die Beitragsmarken vertreiben, die außerhalb des Dritten Reiches arbeitenden reichsdeutschen Arbeiter und Angestellten zu erfassen.

Die deutschen Staatsangehörigen, die außerhalb der Grenzen des Dritten Reiches arbeiten, müssen vor dem freiwilligen Beitritt zur reichsdeutschen Sozialversicherung gewarnt werden. Durch Beitragszahlung erwerben sie keinerlei Rechte.

Das gleiche Gesetz, das diese freiwillige Versicherung vom Ausland her ermöglicht, sieht vor, daß Sozialversicherungsgaranten ruhen, »wenn der Berechtigte sich nach dem 30. Januar 1933 in staatsfeindlichem Sinne betätigt hat.« Zum »Staatsfeind« kann jederzeit jeder Deutsche erklärt werden, vor allem jeder, der bei katholischen oder jüdischen Unternehmen arbeitet und der deutschen Gesandtschaft keine Spitzelberichte schickt. Jedes Mitglied einer freien oder christlichen Gewerkschaft, jeder Pazifist, jeder Abonnent einer antifaschistischen Zeitung gilt schon heute als Staatsfeind. Man wird von ihm Beiträge nehmen, denn Hitler braucht Devisen, aber jederzeit können die von ihm geleisteten Beiträge für verfallen erklärt werden.

Die Intervention geht weiter

Die sogenannte Kontrolle Spaniens — das heißt die Blockade gegen die rechtmäßige spanische Regierung — ist immer noch nicht effektiv. Seit dem Beschluß des Nichtinterventionsausschusses sind mehrere große Transporte italienischer Truppen in Cadix gelandet, deren Anwesenheit sich bei der neuen Offensive der Rebellen gegen Madrid bereits bemerkbar macht.

Es besteht ein merkwürdiger Zusammenhang zwischen den Fristen mehrerer großer Waffen- und Truppensendungen aus Hamburg und Italien, und der Verzögerung des Inkrafttretens der Kontrolle, die durch deutsche Manöver hervorgerufen worden ist.

Die wirklichen Nichtinterventionsmächte lassen sich von den faschistischen Interventionsmächten zu einem abscheulichen Spiel mißbrauchen, dessen Ziel es ist, den Rebellen zum Siege zu verhelfen.

Warnung an Arbeiter und Angestellte

deutscher Staatsangehörigkeit.

Reichsdeutschen im Ausland ist durch Gesetz vom 23. Dezember 1936 die Möglichkeit gegeben worden, bis zum vollendeten 40. Lebensjahr freiwillig der deutschen Invaliden- oder Angestelltenversicherung beizutreten. Die Beiträge dürfen nicht in Reichsmark, sie müssen in Landeswährung bezahlt werden. Das Dritte Reich erwartet, auf diese Weise

Parlament eine Erklärung abgegeben, in der sie sich bei den faulen Ausreden dieser Gesandten über ihre Demonstration zugunsten der faschistischen »Eisernen Garde« beruhigt.

Warnung an Arbeiter und Angestellte

deutscher Staatsangehörigkeit.

Reichsdeutschen im Ausland ist durch Gesetz vom 23. Dezember 1936 die Möglichkeit gegeben worden, bis zum vollendeten 40. Lebensjahr freiwillig der deutschen Invaliden- oder Angestelltenversicherung beizutreten. Die Beiträge dürfen nicht in Reichsmark, sie müssen in Landeswährung bezahlt werden. Das Dritte Reich erwartet, auf diese Weise

England und Hitler

Scharfe Stellungnahme der Arbeiterpartei

In welchem Maße die deutsche Frage das öffentliche Interesse Englands beherrscht, zeigt das Märzheft von »Labour«, der offiziellen Zeitschrift der englischen Arbeiterbewegung. Es zeigt sich zugleich, daß die Arbeiterpartei, obwohl sie die Rüstungsvorlage der Regierung bekämpft, die Gründe für die Aufrüstung Englands versteht und anerkennt.

Ein redaktioneller Spitzenartikel sagt, England wolle in den nächsten fünf Jahren 1500 Millionen Pfund für Rüstungen aufwenden, Deutschland aber habe für denselben Zweck in den letzten vier Jahre 2500 Millionen ausgegeben.

Der Sekretär für Angelegenheiten der Internationale, W. Gillies, überschreibt seinen Aufsatz »Hitlers Vierjahresplan ist ein Kriegsplan« und schließt ihn:

»Im totalitären Staat ist die Totalität der nationalen Anstrengungen auf die Vorbereitung des Krieges eingestellt. Der Nazi-Staat ist ein Staat, der für den Krieg organisiert ist, und in dem alle Arten der Tätigkeit auf die Vorbereitung des Krieges hinauslaufen.«

Ein Aufsatz von H. R. S. Vaseau behandelt die wirtschaftliche Seite des Vierjahresplanes und schildert die Versklavung der deutschen Arbeiter. Schließlich beschäftigt sich Alexander M. Thompson mit der Kolonialfrage. Er schlägt ironisch vor, man möge doch Hitler die ehemaligen deutschen Kolonien schenken, das sei das beste Mittel, seinen Schwindel zu entlarven. Thompson kommt zu dem Ergebnis:

»Wir sollen bereit sein zu geben, aber nicht uns zu übergeben. Wir wollen Gerechtigkeit für unsere deutschen Genossen, aber keinen Machtgewinn für ihre Unterdrücker.«

Das sind Stimmen des offiziellen Parteiorgans. Sie sind klar und deutlich genug.

Braunes Netz über England

Geschäfte für Unternehmer — Schnaps für Arbeiter

Die englischen Häfen, London, Southampton, Cardiff, Liverpool, Birkenhead und andere, sind, wie der »Daily Herald« feststellt, zur Zeit von antisemitischen Flugblättern überflutet, die, in englischer Sprache verfaßt, in Deutschland gedruckt sind. Die Flugblätter sollen über ganz England weiter verbreitet werden. Deutsche Studenten an englischen Universitäten sollen die Weiterverbreitung besorgen. Deutsche Geschäftshäuser haben aus Berlin die Anweisung erhalten, möglichst enge Verbindung mit einflussreichen Engländern zu halten, die als Sympathisierende für den Nazismus gewonnen werden können. Solche Sympathisierende sollen geschäftlich nach Möglichkeit bevorzugt werden. Man hat auch Versuche gemacht, die Dockarbeiter zu gewinnen, indem man sie auf deutsche Schiffe einlad und sie mit alkoholischen Getränken bewirtete. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei den Belegschaften der Schiffswerften von Liverpool und Birkenhead gewidmet.

»Daily Herald« versichert, daß alle diese Lockungen an der Masse der Arbeiter wirkungslos abprallen. Das wird im allgemeinen auch stimmen, denn die Arbeiter werden seit einiger Zeit von ihrer Presse über die deutschen Zustände ausgezeichnet informiert. »Illegale« Literatur hat für ein Land der Pressefreiheit wie England nicht den allergeringsten Reiz. Umgekehrt aber könnte eine englische oder sonstige ausländische Propaganda, die in Deutschland mit ähnlichen Mitteln arbeitet wie die deutsche im Ausland, ungeheurere Erfolge erzielen. Die Berliner Machthaber rechnen aber offenbar mit Bestimmtheit darauf, daß die demokratischen Länder in ihrer unerschöpflichen Lammgeduld niemals den Versuch machen werden, den Propagandaspleiß umzudrehen.

Die Spitzelsünde

Notschrei der Richter.

Die gemeinsten Denunziationen haben drüben derart überhand genommen, daß die Gerichte überarbeitet sind und sich das Reichsgericht zu einem seltenen Spruch gezwungen sah: Falsche Beschuldigungen sollen künftig schärfer geahndet werden, denn jedes Denunziantentum bedeute »gemeine Gesinnung«. . . Blätter wie der »Friedericus« benutzen die Gelegenheit, um ihren gepreßten, übervollen Herzen Luft zu machen:

»Das Urteil stellt sich also deutlich auf den Boden des alten deutschen Spruches: »Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!«

»Hoffentlich merken sich diese Denunzianten das nun, daß sie Lumpen sind. Sonst müßte man es ihnen durch Veröffentlichung einer Denunziantenliste in den deutschen Zeitungen noch deutlicher zu Gemüte

Reformisten und Planisten

Auseinandersetzung in der Belgischen Arbeiterpartei

Belgien ist ein kleines Land, aber seine Arbeiterpartei mit rund 600.000 Mitgliedern ist in der Internationale eine große Partei, nicht nur durch ihre zahlenmäßige Stärke, sondern noch mehr durch ihr geistige Bedeutung. Die Welt kennt sie als die Partei Vanderveldes, Huysmans und de Broeckere. Heute ist sie — das hat der Verlauf der letzten großen Auseinandersetzungen im Generalrat klargestellt — vielleicht mehr schon als die Partei Spaaks und de Mans. Ein Generationswechsel vollzieht sich.

De Man freilich gehört nicht mehr zu den Jungen. Man kennt ihn als einen gelehrten und leidenschaftlichen Ringer um die Wahrheit, der sich aus einem orthodoxen Marxist in einen ebenso entschlossenen Antimarkisten verkehrte, der als überzeugter Internationalist begann, im Kriege für sein überfallenes Vaterland kämpfte, dann aber für Deutschland Partei ergriff, als es nach seiner Niederlage ungerecht behandelt wurde. Der deutsche Professor verwandelte sich in einen belgischen Politiker zurück, der den »Plan der Arbeit« ersann, dessen Trommler wurde, zum zweiten Parteivorsitzenden aufrückte und bei der Bildung der Regierung van Zeeland einen bedeutenden Platz einnahm. Heute ist er erfolgreicher Finanzminister und — trotz oder neben Vandervelde — der populärste Mann der Partei.

Sein bedeutendster Schüler ist der viel jüngere Außenminister Spaak. Vordem hatte er den Parteiführern das Leben schwer gemacht, indem er sie mit einer ungewöhnlichen Beredsamkeit von links her heftig angriff. Seine Bekehrung vom radikalen Saulus zum realpolitischen Paulus kam der breiten Öffentlichkeit ziemlich plötzlich, und sein Eintritt in die Regierung erschien geradezu als ein politischer Saltomortale. In der Regierung aber hat er sich dank seiner nicht geringen Geistesgaben bewährt, und als eines Tages das Kabinett umgebildet wurde, machte van Zeeland nicht, wie die Partei gewollt hatte, Vandervelde oder Wauters zum Außenminister, sondern Spaak.

Auf diese Ernennung sind die gegenwärtigen Spannungen in der Hauptsache zurückzuführen. Sie bedeutete einen Kurswechsel. Ging es nach den alten Führern, so hätte Belgien seit dem Machtantritt Hitlers erst recht als Vorkämpfer der Demokratie und der kollektiven Sicherheit seine europäische Sendung erfüllen sollen. Aber unter dem Einfluß der drei starken Männer — des Königs, des Ministerpräsidenten und des Außenministers — zog sich Belgien immer mehr auf eine enge, nichts-als-belgische Außenpolitik zurück. Es demonstrierte sein Desinteresse am Völkerbund und an dem geplanten neuen Westpakt, es distanzierte sich von Frankreich und gewann damit mancherlei wohlwollenden Zuspruch aus dem Dritten Reich. Im spanischen Bürgerkrieg, an dem die belgischen Arbeiter leidenschaftlich Anteil nehmen, markierte man allerseits Neutralität; man schien sich für nichts anderes zu interessieren als für die Entschädi-

gung, die die spanische Regierung für den Unfall des jungen Borchgrave — eines belgischen Diplomaten, der vor den Toren Madrids den Tod gefunden hatte — bezahlen sollte. Meinungsverschiedenheiten darüber führten zur Demission Vanderveldes als Gesundheitsminister. Die Demission war, wie im Generalrat mit Bitterkeit bemerkt wurde, zurückzuführen auf Differenzen nicht zwischen Sozialisten und Bürgerlichen, sondern zwischen den sozialistischen Ministern selbst.

Gesteigert wurde die Unruhe durch zwei Interviews von Spaak und de Man in der liberalen »Indépendance Belge«. Spaak warf dem Marxismus vor, die Bedeutung des ökonomischen Faktors überschätzt zu haben, er forderte eine Revision des Begriffs des Klassenkampfes und sprach sich scharf gegen den Bolschewismus aus, den er als einen »proletarischen Faschismus« bezeichnete. De Man stellte dem »weichen Reformismus« seinen »harten Planismus« entgegen und erklärte, daß er einen »gelebten nationalen Sozialismus« einem nur »gesprochenen internationalen Sozialismus« vorziehe. Allerdings dürfe der »nationale Sozialismus« nicht in einen »sozialistischen Nationalismus« ausarten. Die klassische Doktrin der bürgerlichen Demokratie entspreche keiner Wirklichkeit mehr, ein ökonomischer Staat müsse aufgebaut werden mit autonomen wirtschaftlichen Korporationen.

Man versteht, daß solche Bekenntnisse die Unruhe, die über die Außenpolitik entstanden war, noch vermehrten. Es entstand der Verdacht, Spaak und de Man wollten die Partei irgend einer allbelgischen Ueberpartei, einer nationalen Einheitsfront eingliedern, die dann durch diktatorisches Gebaren und korporativistische Experimente den Weg zu dem Faschismus ebnen würde. Umgekehrt versicherten de Man und Spaak, daß es ihnen gerade darauf ankomme, den Faschismus wirksam zu bekämpfen. An ihrer ehrlichen Absicht wird nach der Generalratsdebatte kaum noch jemand zweifeln. An der Richtigkeit ihres Weges vielleicht desto mehr.

Es war ein glänzendes geistiges Ringen. Dabei waren de Man und Spaak als konsequente Verfechter der Regierungspolitik im Vorteil, da sich ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen als zweckmäßig erwiesen hatten, wozu auch die Weltwirtschaftskonjunktur das ihre beitrug. Niemand wollte den Austritt aus der Regierung. Aber Vandervelde und seine nächsten Freunde wollten stärker die Eventualität in Betracht ziehen, daß die Partei eines Tages wieder genötigt sein könnte, als Opposition an das Volk zu appellieren, wobei dann das Problem der Volksfront akut würde. Dagegen meinten die aktiven Minister, es sei nicht möglich, mit einem Bein in der Regierung und mit dem anderen draußen zu stehen, was man mache, müsse man ganz machen. Darum waren sie nicht geneigt, die Frage der Volksfront, des Zusammengehens mit den Kommunisten, auch nur entfernt in Betracht zu ziehen. Das hatte auch wieder seine Wirkung auf ihre Stellung zu Sowjetrußland. War zum Beispiel de Broeckere bereit, in den Moskauer

er sich dann die übermenschliche Treue des Bekenntnisses von diesen illegalen Kämpfern? Wenn sich Männer und Frauen, graue, entsetzliche Jahre des Zuchthauses vor Augen, wehrlos der Rache brutaler Nazi-»Richter« preisgegeben, offen und ausdrücklich zur deutschen Sozialdemokratie bekennen — dann kann diese Partei nicht jenes Zerrgebilde gewesen sein, das so mancher in Amerika sich, oft in Unkenntnis der inneren Zusammenhänge, unter ihr vorstellt. Nur eine Partei und eine Weltanschauung, die zutiefst ans Herz gewachsen ist, vermag eine solche Opferbereitschaft in den Menschen wachzurufen! Deshalb: wer, dreitausend Meilen weit weg, die deutsche Sozialdemokratie verunglimpft, der schändet zugleich das leuchtende Denkmal unerschütterlicher Ueberzeugungstreue, das die illegalen Kämpfer in Deutschland täglich aufs neue errichten, der schändet das heroische Beispiel jener, die sich eher hinter den Mauern der Zuchthäuser lebendig begraben lassen, als das Kostbarste preiszugeben, was sie in sich tragen: Die Gemeinschaft und die Idee der Deutschen Sozial-Demokratie!

Der Sieg in London

Eine Lehre für die Diktatoren

U-er Freund, Herbert Morrison, der Sieger im Londoner Gemeindevahlkampf, gab nach gewonnener Wahlschlacht folgende

Prozessen nur die Reste einer alten Barbarei zu sehen, die zu überwinden Rußland im Begriffe sei, so erschien auf der anderen Seite diese Prozesse als richtige Früchte des Systems. Die aktiven Minister erleichterten auch dadurch ihre Stellung, daß sie gewisse überspitzte Formulierungen ihrer Interviews preisgaben und den Verdacht zerstreuten, als seien sie auf dem Wege zur nationalen Ueberpartei.

Bei der Wahl eines neuen Chefredakteurs des »Peuple« an Stelle von Wauters, der Nachfolger Vanderveldes in der Regierung geworden ist, stieg mit geringer Mehrheit der Kandidat der alten Führer, Delvigne. Die Sympathie mit den »Alten« und die Zufriedenheit mit der bisherigen Haltung des ausgezeichnet redigierten Blattes war stärker als der richtungsmäßige Zusammenhalt. Die Hauptresolution, mit der der Kampf abschloß und die fast einstimmig angenommen wurde, ist ein Meisterwerk der Stillierung, in der Absicht verfaßt, keinen Teil als Sieger oder als Besiegten aus dem Streit hervorgehen zu lassen. Immerhin empfiehlt sie deutlich genug eine Korrektur der Außenpolitik, indem sie mit folgender Deklaration beginnt:

»Die belgische Arbeiterpartei ist und bleibt die belgische Sektion der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Sie erwartet von der Regierung eine beharrliche Aktion zur Stärkung der kollektiven Sicherheit, mit der die Sicherheit Belgiens untrennbar verbunden ist.«

Eine besondere Resolution spricht die leidenschaftliche Anteilnahme der Partei an den spanischen Kämpfen aus, und ihren unbeugsamen Willen, den Republikanern jede mögliche Hilfe angedeihen zu lassen. Was das öffentliche Auftreten zusammen mit Angehörigen anderer Parteien rechts und links (Kommunisten, Christliche, Demokraten usw.) betrifft, so soll in Zweifelsfragen der Parteivorstand angerufen werden. Doch werden, wie die Debatte ergeben hat, Beteiligungen an den bestehenden Friedensorganisationen und antifaschistischen Verbänden als unbedenklich angesehen.

Beide Gruppen fanden sich zum Schluß in dem gemeinsamen Willen für die positiven Ziele der Partei im Kampfe gegen Monopolkapital und Faschismus alle Kräfte einzusetzen.

Im ganzen kann man die große Debatte, die manchmal sehr dramatisch, aber stets musterhaft diszipliniert verlief, als eine Auseinandersetzung zwischen marxistischen und revisionistischen Reformisten betrachten; eine marxistisch-antireformistische Richtung, wie sie früher durch Spaak vertreten war, trat überhaupt nicht in Erscheinung. Die Führung behält der revisionistische Reformismus, der sogenannte Planismus. Der marxistische Reformismus aber, die klassische Parteitradition der Vandervelde, de Broeckere und Huysmans, behält nicht nur die Kontrolle, sondern verstärkt sie. Die belgische Arbeiterpartei kann mit diesem Ergebnis zufrieden sein.

Erklärung ab: »Was für mich am schwersten wiegt, ist die herrliche Tatsache, daß die Londoner für die Demokratie gesiegt haben. Londons Ansehen in der Welt wird durch dieses Ergebnis gewinnen. Die Diktatoren aber erhalten die Lehre, daß das englische Volk von seinen demokratischen Institutionen erfolgreichen Gebrauch zu machen versteht.«

Noch nicht ganz entschieden

Müssen Völker ausgerottet werden oder nicht?

Der braune Gemütsmensch Dr. W. Greve weiß in der letzten Nummer des »Deutschen Volkswirts« folgendes über den seinem System offenbar vorschwebenden Zukunftskrieg auszusagen:

»Daß der Krieg unter Aufbietung der gesamten Volkskraft geführt werden muß, daß er den totalen Einsatz, die totale Mobilmachung erfordert, kann heute nicht mehr ernstlich bezweifelt werden. Daß er sich aber darüber hinaus zur Totalität des Vernichtungsgedankens übersteigert und sich auf die Niederwerfung und Ausrottung des feindlichen Volkstums schlechthin richten müsse, ist — abgesehen von moralischen und humanitären Gesichtspunkten politisch und militärisch noch nicht mit der gleichen unabweisbaren Sicherheit erwiesen.«

Noch nicht — das ist allerdings furchtbar beruhigend! Freibleibend freilich, daß es der »Führer« politisch doch noch anders entscheidet.

Der Bauer - ein Landwirtschaftssoldat

Das Junkertum gefährdet die Wehrwirtschaft

Vor einiger Zeit hat Darré feierlich geschworen, er würde niemals die Russifizierung der deutschen Landwirtschaft zugeben. In Wirklichkeit ist die deutsche Landwirtschaft gar nicht mehr soweit von russischen Zuständen entfernt. Will man die Erzeugungsschlacht siegreich schlagen, die Landwirtschaft kriegsfähig machen, dann darf man dem Bauern nicht überlassen, zu pflanzen, was ihm dem meisten Ertrag verspricht, sondern muß ihn zwingen, zu produzieren, was und wieviel zur Vervollständigung der Autarkie gebraucht wird. Nachdem der Führer den Befehl zur möglichst geschlossenen Selbstversorgung, zur wirtschaftlichen Mobilmachung gegeben hat, wird eine schlagfertige Landwirtschaftsarmee organisiert. Die Pläne dazu liegen vor und sind, wie die »Braune Wirtschafts-Post« vom 20. Februar 1937 es berichtet, bereits in Angriff genommen. Der Zweck ist »die Einzelberatung aller schwachen, in ihren Leistungen noch unter dem Durchschnitt liegenden Betriebe«. Damit die »notwendige Besichtigung und Prüfung von Millionen von Betrieben« vor sich gehen kann, sind eine »bis ins kleinste durchdachte Organisation und die Aufstellung klarer Marschziele« erforderlich. Die Landes- und Kreisbauernschaften erhalten das »Kreisvergleichsmaterial«, das ihnen ermöglichen soll, die Leistungen ihrer Kreise mit denen anderer Kreise zu vergleichen. Die »Bauernführer« werden also in einen Wettbewerb hineingehetzt, wobei jeder sich anstrengen muß, aus »seinem« Bauern das Äußerste herauszuholen, wenn er nicht Darré erzürnen und sein hohes Amt verlieren will. Es ist ein Anreizsystem, das den Bauern zwingen soll, sich selbst auszubilden und die Bauern gegeneinander ausspielt, sie zu bloßen Landwirtschaftssoldaten, zu Bestandteilen der Kriegsmaschinerie des Dritten Reiches degradiert.

Die Landesbauernschaften bekommen außer dem »Kreisvergleichsmaterial« eine »Kreismappe« ausgehändigt, die es ihnen ermöglichen soll, »die schwachen Punkte in den einzelnen Kreisen schnell zu erkennen, und als »Material zur Einleitung eines Leistungswettbewerbs der Kreisbauernschaften hervorragend geeignet« erscheint. Diese Wettrennen der Bauernführer wird selbstverständlich auf den Rücken der Bauern geritten.

»In Sachsen-Anhalt hat man z. B. zu diesem Zweck sogenannte Betriebskarten eingeführt, die alle Betriebe von 5 ha aufwärts einzeln erfassen. Die Betriebskarte enthält alle für den Betrieb wesentlichen Angaben, die Arbeitskräfte, Kulturarten und Anbauverhältnis, Viehbesatz, Ertragsleistung u. a. mehr. Aus ihr erkennt man sofort, wie der Betrieb geführt wird und ob er im Sinne der Erzeugungsschlacht arbeitet.«

Die Agrararmee kann aber ihren Zweck nur erfüllen, wenn ihr ein strategisches Ziel gestellt, ein Produktionsplan aufgestellt wird.

»Sobald in einer Landesbauernschaft für sämtliche Höfe derartige Karten vorhanden sind, wird es möglich sein, eine planmäßige, individuell ausgerichtete Anbauleitung, die alle Besonderheiten des Einzelbetriebes berücksichtigt, durchzuführen.«

Will man Anbauleitung betreiben, muß man sich über die Richtung klar sein, in der der Anbau gelenkt werden soll. Es sollen deshalb

»für jeden einzelnen Kreis die Möglichkeiten der Erzeugungsteigerung untersucht und auf Grund dieser Untersuchungen für jede Kreisbauernschaft und wenn möglich sogar für jedes Dorf die Marschziele festgelegt werden... Mit Hilfe dieses Materials wird es gelingen, die Leistungen jedes Betriebs so zu beeinflussen, daß er seinen Aufgaben in der Erzeugungsschlacht nachkommen kann.«

Der Bauer, der auf freiem Grund herrscht und seinem Boden ständiges Eigenleben bewahrt, wird künftig nur noch in den Bluboromanen ein mythisches Dasein führen. Wenn es gelingt, die Landwirtschaftsarmee in Marsch zu setzen, wird das deutsche Dorf sich nicht mehr so sehr von den russischen Kolchosen unterscheiden. Der Unterschied besteht darin, daß das individuelle Eigentum des Bauern an Grund und Boden im Dritten Reich formell bestehen bleibt, das Gemeinsame, daß die freie Verfügung des Bauern über sein Eigentum fast ganz verschwindet. Aber eben weil die »Russifizierung« nicht bis zur letzten Konsequenz durchgeführt wird, ist die Kontrolle der Bauern durch die Reichsnährstandsnazis durchlässig und der Bauer bemüht, sie zu umgehen, wo er kann. Was dem Bauer droht, der den »Rat« des ihm von Darré in seinen Hof geschickten Be-

raters nicht folgt, etwa weil er zu kapital-schwach ist, die Umstellung auf die vom Regime verlangte Art und Menge von Produkten vorzunehmen erfahren wir nicht. Es ist aber gar nicht von der Hand zu weisen, sondern sehr wahrscheinlich, daß von der Beratung durch Darrés Sachverständige vornehmlich die Kleinbauern betroffen, aber der Großgrundbesitz verschont wird, und daß ein großer Teil des Kleinbauernrentums sich als im Sinne der Erzeugungsschlacht nicht kriegs-verwendungsfähig erweist und der Wehrwirtschaft zum Opfer fällt. Das wäre dann allerdings das gerade Gegenteil der Bauernfreundschaft, die täglich im Dritten Reich gepriesen wird.

Das Problem der deutschen landwirtschaftlichen Versorgung drängt sich nach dem »Nationalsozialistischen Wirtschaftsdiens«, 3. Februarheft 1937, auf die Futtermittelfrage zusammen. Vom Dezember 1935 bis Dezember 1936 sind die Getreidevorräte in Mühlen und Lagerhäusern von 3,2 auf 1,6 Millionen Tonnen, also auf die Hälfte zusammengeschmolzen. Dem Problem ist »nur durch die Verbreiterung der Verfütterung von Kartoffelflocken, von Süßlupinen, von Rüben, von Zuckerschnitteln, von Fischmehl beizukommen«. Aber der totale Staat ist doch eben nicht so ganz total, denn er erfährt »Widerstände, die man aus Osteilbien traditionell gewohnt ist.« Der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdiens« verweist sich sogar zu folgender Meckerei:

»Warum ist eigentlich immer noch nicht die Frage der Senkung der Zuckersteuer in Gang gekommen? Und wer weigert sich, seine Kartoffelbrennerei einzustellen? Wird es erst nötig sein, die Verhältnisse sich so zuspitzen zu lassen, daß mit größter Schärfe und diktatorischen Maßnahmen durchgegriffen werden muß?«

In vier Jahren Drittes Reich ist also beim Großgrundbesitz noch nicht »durchgegriffen« worden. Da gibt es z. B. immer noch die Landflucht, die »seit der Reichgründung, 1871 fast ununterbrochen angehalten hat.« Sie ist aber heute gefährlicher als je, weil die Landflucht die Kriegsfertigkeit der Landwirtschaft in Frage stellt. Was steht aber der landwirtschaftlichen Stiedlung in Osteilbien im Wege? Wir lesen es mit Verwunderung:

»Wir werden in Deutschland mit unumgänglicher Gewißheit dazu kommen, daß niemand gesetzlich mehr als 500 Morgen landwirtschaftlichen Bodens besitzen darf, denn allein dadurch werden wir die Gewißheit haben, daß unser Boden ausreichend ausgenutzt wird. Keiner anderen gesetzlichen Maßnahme wird es gelingen, die Landflucht einzudämmen, zumal wenn, wie es wahrscheinlich ist, die Industriebeschäftigung viele Jahre hindurch ungewöhnlich stark sein wird, denn wie ein großes Vakuum saugt die Industrie Arbeitskräfte an sich heran. Ein Damm dagegen ist nur die freie Existenz freier Bauern auf freier Scholle, nicht aber der minderbezahlte, sich mit schlechten Wohnungsverhältnissen abfinden müßende Landarbeiter der Großbetriebe. Die Dinge liegen so, daß die Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe unumgänglich mit einer Vergrößerung des Hackfrüchteanbaues verbunden ist. Hackfrüchte verlangen aber bedeutend mehr Arbeitskräfte als Getreideanbau. Woher will die Landwirtschaft diese Arbeitskräfte nehmen, wenn sie ihr nicht durch Stiedlung zugeführt werden? Es ist sogar die Frage, ob nicht die Minderernte von 1936 schon auf den Mangel an Arbeitskräften zurückzuführen ist. Wenn heute noch in Deutschland gewisse Kreise glauben, daß die »Gefahr« einer radikalen Agrarreform aufgehoben sei dadurch, daß diese Kreise ihren Einfluß über heute wieder mächtige Ministerien ausüben zu können, so werden sie sich täuschen. Das Leben und der Lebenswille einer Nation ist souverän, und es wird sich ereignen, daß die Repräsentanten einer untergegangenen Zeit, wie immer sie sich tarnen, unsanft beiseite geschoben werden.«

Souverän ist eben im Dritten Reich die Nation nicht, sondern nur ein winziger Teil von ihr, der es gelungen ist, zur Macht zu kommen. Unter ihnen ist auch Herr Darré, einer der Inhaber der »heute wieder mächtigen Ministerien«, hinter dem sich das Junkertum tarnt. Herr Darré wiederum tarnt sich hinter der NSDAP und ihren »Nationalsozialistischen Wirtschaftsdiens«. Weil das so ist, darf dieser, nachdem die »nationale Revolution« längst vorbei ist, so schreiben, als stünde sie noch bevor. Vorläufig sieht es aber noch ganz so aus, daß die Erhaltung des Junkertums höchstens Gesetz des Dritten Reiches ist und hinter ihr sogar die Wehrwirtschaft zurückstecken muß.

G. A. F.

Ehebruch im Dritten Reich

Wenn Feldweibel Gesetze geben und Richter zu Feldweibern werden...

Es gibt verschiedene Wege, um das geltende Recht eines Landes des Ansehens zu berauben, es zum Popanz herabzuwürdigen, den die Bürger gleichermaßen fürchten und mißachten. Gewohnheitsmäßige Biegung des Rechtes durch die Interpreten und Gerichte, ständige Hintansetzung des geschriebenen Gesetzes zugunsten nebelhafter und wechselnder Maßstäbe, die bald vom »gesunden Volksempfinden«, bald vom »Willen des Führers«, bald von der »Stimme des Blutes« hergeleitet werden, Urteile ohne jede Gesetzesgrundlage, Strafen ohne Verfahren und Urteil — all das sind solche Wege zur Erniedrigung und Schändung des Rechtes. Das nationalsozialistische Regime in Deutschland läßt sich keinen davon entgehen. Wie sollte es auf die Möglichkeit verzichten, auch die neu herauskommenden Gesetze von vornherein so zu gestalten, daß ihre Anwendung zur blutigen Farce werden muß?

Soeben hat die kopfschüttelnde Umwelt eine Probe dieser Art »Rechtsschöpfung« zu kosten bekommen. Ein hoher Beamter des Justizministeriums teilte mit, daß im kommenden deutschen Strafrecht die bisher sechs Monate betragende Höchststrafe für Ehebruch um ein Vielfaches, auf zehn Jahre Gefängnis erhöht werden wird. Geldstrafen werden nicht mehr möglich sein, auch wird die Strafverfolgung — und das ist das Wichtigste — nicht wie bisher nur auf Antrag des Beleidigten einsetzen, vielmehr gilt der Ehebruch als »Angriff auf eine staatliche Einrichtung, als offizielles Delikt« und wird entsprechend geahndet. Der Beleidigte wird nur noch angehört.

Die deutschen Machthaber leben es, neue Gesetze rückwirkend anzuwenden — es sei nur an den Reichstagsbrandprozeß und an die berühmten nachträglichen »Kampfzeit-Pro-

zesse« erinnert. Wie wäre es, wenn dem Ehebruch-Paragrafen die gleiche Ehre zuteil würde? Es soll hier nicht untersucht werden, wieviele führende Männer des neuen Deutschland davon betroffen würden, uns genügt vielmehr die nüchterne und unbestreitbare Feststellung, daß bei lückenloser Anwendung des Gesetzes — das heißt bei Bestrafung jedes »Seitensprunges« — das Schergewicht des Volkslebens bis auf weiteres ins Gefängnis verlegt, daß ein hoher Prozentsatz der Wächter — sollte ihre Zahl ausreichen — vom Ausland bezogen werden müßte, daß die ganze Staatsmaschinerie ins Stocken geriete, Handel und Gewerbe darniederläge und daß eine Mobilmachung überhaupt nur auf dem Wege einer umfassenden Amnestie zu bewerkstelligen wäre. Allerdings — und dieser Umstand schwächt das bisher Gesagte zum Glück etwas ab — würde es zum Äußersten kaum kommen, weil die weitaus meisten Gerichte sich als befangen erklären und die Urteilsfällung ablehnen müßten.

Aber es bedarf gar keiner Rückwirkung. Das Gesetz wird auch nach dem Inkrafttreten zu jenen fatalen Rechtsgesetzen gehören, die nur durch ihre Nicht-Anwendung zu existieren vermögen. Stellten sich fürder alle Ehebrecher ihrem Richter — sämtliche Strafanstalten müßten ein Schild herabhängen: »Wegen Ueberfüllung geschlossen.« Damit soll nicht gesagt sein, daß der Ehebruch-Paragraf wirkungslos bleiben wird. Im Gegenteil! Er wird die prächtigsten Wirkungen erzielen: Schnüffler, Denunzianten und Erpresser werden paradisiatische Feste feiern, soweit ihnen Arterparagraf und Homosexuellenverfolgung genügend Zeit lassen, kein Schlüsselloch wird unbeaugt, kein Bettzipfel ungelüftet bleiben. Die »Politik des Familienschutzes« — unter dieser Rubrik rangiert nämlich das neue Gesetz —

wird auch sonst ungeahnte Erfolge zeitigen die Ehescheidungen werden zunehmen, denn irrtümlich geschlossene Gemeinschaften, die bisher um der Kinder willen aufrecht erhalten wurden, erweisen sich nun als gefährlich, auch einmalige sogenannte Fehlritte sind nach einer öffentlichen Anprangerung nicht mehr so leicht zu vergessen und zu vergeben wie bisher. Den ehelichen Kindern aus zerrütteten Ehen ist zwar nicht geholfen, wenn Vater oder Mutter ein paar Jahre hinter Gitter wandern, aber dafür werden die Unehelichen gleich schwerer als bisher einen alimentationspflichtigen Vater finden. Ist dieser Vater nämlich verheiratet, so werden die Mütter — und nicht die schlechtesten — sich in unzähligen Fällen weigern, ihn zu nennen, ihn auszuliefern. Nennen sie ihn doch, so wird das Abachwören große Mode werden. Denn alles läßt sich von heute auf morgen ändern, das Gesetz, die Uniform, der Küchenzettel, der Ehrenkodex, die Ueberzeugung, der Bundesgenosse — nur nicht die menschliche Natur.

Das Ziel der »idealen Einebe«, das nur durch eine unendlich sorgsame, unendlich differenzierte Erziehung der Menschheit erreicht werden kann, wird auf diese Weise plump entstellt. An Stelle der freien, würdigen Entschließung tritt die Furcht, an Stelle des verantwortungsbewußten Willens das Kommando, an Stelle zartester Bindung die Fuchtel, an Stelle des Priesters der Feldweibel.

Andere Staaten sind bisher mit einer weit milderen Gesetzgebung ausgekommen. Aber im Dritten Reich ist die Liebesmoral bedenklich gesunken. Das ist kein Wunder. Wo die Frau nur als Zuchtkuh betrachtet wird, wo die Hegehofgrundsätze zur Staatsraison erhoben werden, da verlieren dauernde, fest gegründete Verbindungen für den »zeugungstüchtigen« Patrioten sehr bald ihren Sinn. Nun sucht man sich mit drakonischer Strenge zu helfen — und macht damit sich selbst mitsamt dem Rechtsgedanken lächerlich.

Die Lüge der starren Preise

Die amtliche Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten weist im Dritten Reich seit Jahren nur ganz unbedeutende Veränderungen auf. So ergibt sich im Vergleich zum Januar 1936 im Januar 1937 nur eine Erhöhung um 0,2 Prozent.

Die breiten Schichten der Bevölkerung verspüren es allerdings nur zu deutlich, daß diese Entwicklung der Reichsindexziffer mit der wirklichen Entwicklung der Lebenshaltungskosten nicht übereinstimmt. Die Preise für die Ernährung, Bekleidung und für die Wohnung haben sich fortgesetzt so erheblich verteuert, daß die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten eine wesentlich stärkere Erhöhung zeigen müßte.

Aber selbst wenn man der Berechnung des Statistischen Reichsamtes folgt, wird es klar, daß die errechnete Reichsindexziffer unmöglich richtig sein kann. Nach dem Statistischen Reichsamte haben sich die Preise der nachstehenden Nahrungsmittel und Bekleidungsstücke vom Januar 1936 bis Januar 1937 erhöht um Prozent:

Haferflocken	um 1,4%
Nudeln	1,4%
Reis	3,3%
Graupen	3,8%
Speisebohnen	5,5%
Rindfleisch mit Knochen	2,6%
Kalbfleisch	4,9%
Hammelfleisch	5,3%
Wäsche	2,0%
Oberbekleidung	4,6%
Schuhe und Besohlen	7,7%

Die Preise anderer Nahrungsmittel und Bedarfsartikel zeigen eine geringe Senkung auf, während verschiedene gleichgeblieben sind. Aber aus der Aufgliederung der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ergibt sich, daß durch diese Preisbewegung die Lebenshaltung der breiten Bevölkerungsschichten weit mehr verteuert worden ist, als die Nazibehörden es zugeben. Es ist weiter bemerkenswert, daß diese beträchtlichen Preiserhöhungen sich fortsetzen, obwohl ein Reichspreiskommissar ein striktes Preiserhöhungsverbot überwacht.

Nahezu die einzige Ware, für die tiefe Krisenpreise bezahlt werden, ist demnach die menschliche Arbeitskraft. Das Lohnniveau ist tatsächlich erstarrt, und es Regime unterdrückt mit den äußersten Mitteln jeden Versuch der Auflockerung.

Freiheitsklage

»Hinterhöfe haben immer etwas Trostloses. Und doch: Wer vom Fenster eines öden Kontors aus sie betrachtet, der kann die einfachste Waschfrau um ihre Freiheit beneiden, allerdings auch um die Natürlichkeit ihres Schaffens.«

»Westdeutscher Beobachter«

Moskauer Prozeßgeheimnisse

Enthüllungen eines führenden Bolschewisten über die politischen und psychologischen Hintergründe der Moskauer Prozesse und die Ausrottung der alten Bolschewisten

III. Das Ende des neuen Kurses

Dieser Zweibund, Kaganowitsch und Jeshow, hat sich von Anbeginn an gegen die Politik der Versöhnung innerhalb der Partei ausgesprochen. Solange Kirow am Leben war, waren die Aktionen der beiden nicht sehr verschieden. Sie begnügten sich damit, daß sie Stalin gegen diese Politik aufhetzten, indem sie sein angeborenes Mißtrauen gegen alle jene förderten, in denen er jemals Feinde gesehen hatte, und daß sie schließlich mit allen Mitteln die Uebersiedlung Kirows nach Moskau sabotierten, da sie ausgezeichnet wußten, daß nach dieser Uebersiedlung die Frage eines Wechsels im Personalbestand des Parteiapparates aufgerollt werden würde, den sie mit solcher Mühe ausgesucht hatten. In der Plenartagung vom November 1934 wurde diese Sabotage endlich gebrochen, aber die Uebersiedlung Kirows konnte trotzdem nicht stattfinden... Und nun, nach dem Tode Kirows, der nur für diesen Zweibund vorteilhaft war, sind sie offen hervorgetreten.

Der Bericht Agranows war vollkommen in ihrem Sinne abgefaßt. Die harmlosen Leningrader Frondeure aus den Reihen der ehemaligen Oppositionellen waren als Verschwörer dargestellt, die sich mit Plänen eines systematischen Terrors trugen. Als ihr Zentrum wurde eine Gruppe ehemaliger Führer des Komsomol im Wyborger Rayon in der Periode Sinowjews hingestellt, mit Rumjanzew, Kotolynow, Schatzkin u. a. an der Spitze. Seit dem Herbst 1934 hatten die letzteren in der Tat regelmäßige Zusammenkünfte, denn die Leningrader Abteilung für Parteigeschichte hatte die Abfassung einer Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Leningrad in Angriff genommen und in den einzelnen Stadtbezirken regelmäßige Abende veranstaltet, in denen die früheren Funktionäre des Komsomol ihre Erinnerungen zum besten gaben. Zu diesen Veranstaltungen holte man sich fast mit Gewalt die ehemaligen aktiven Funktionäre des Komsomol aus der Sinowjewperiode, selbst solche, die wie zum Beispiel Schatzkin, jeglicher Politik Valet gesagt hatten. Im Wyborger Rayon waren diese Veranstaltungen besonders lebendig. Sehr interessant waren im besonderen die Berichte Rumjanzews, der hierbei auch die Zeit der Sinowjew-Opposition streifte und sie nicht ganz im Sinne der offiziellen Parteilinie beleuchtete. Aus Anlaß dieser Berichte gab es nicht wenig Tratschereien, und Agranow nahm sie zum Ausgangspunkt für seine Konstruktion, wonach diese Zusammenkünfte ehemaliger Funktionäre nichts anderes waren als Beratungen von Oppositionellen, sientemalen diese Veranstaltungen auch von Nikolajew besucht wurden.

Was man auf diesem Gewebe austicken konnte, wußten alle, die sich für die Produktion Agranows interessierten. In diesem Falle übertraf er sich selbst, er begnügte sich nicht mit Leningrad, sondern zog seine Fäden auch nach Moskau, zu Sinowjew und Kamenew, die die Unvorsichtigkeit begangen hatten, sich mit ihren früheren Anhängern zu treffen, wenn sie aus Leningrad nach Moskau fuhren. So entstand das Bild einer weitverzweigten Verschwörung, die von den Führern der alten Opposition in dem Augenblick aufgezogen wurde, wo in den höchsten Regierungskreisen über die Versöhnung gestritten wurde.

Der Bericht unterstrich speziell für Stalin die Aussagen, aus denen hervorging, daß Kamenew, dem Stalin Glauben geschenkt hatte, sein Ehrenwort nicht gehalten habe und nicht nur nicht über die ihm bekannt gewordenen oppositionellen Stimmungen dem Zentralkomitee Bericht erstattete, sondern auch selbst in Gesprächen mit Freunden, wenn auch vorsichtige, so doch nicht völlig loyale Erklärungen abgegeben hatte.

Die Erörterung dieses Berichtes im Politbüro fand unter sehr gespannter Stimmung statt. Auf der Tagesordnung standen zwei Fragen, erstens, wie man mit den durch die Untersuchung festgestellten »Mitverschworbenen« und »Anstiftern« verfahren solle, und zweitens, welche politischen Folgerungen man aus der Tatsache der Aufdeckung einer oppositionellen Verschwörung ziehen müsse. Die zweite Frage drängte die erste in den Hintergrund. Die Mehrheit war gegen einen Wechsel des Kurses, der in der Plenarsitzung des Zentralkomitees in Aussicht genommen worden war, wo eine Reihe von Reformen auf wirtschaftlichem Gebiete und die Einführung einer neuen Verfassung auf politischem Gebiete geplant wurden. In dieser Frage trug die Mehrheit anscheinend den Sieg davon. Stalin erklärte kategorisch, daß alle diese Maßnahmen unbedingt durchgeführt werden müßten, daß auch er ihr entschiedener Anhänger sei und daß der von Kirow vorgesehene Plan nur in einem Punkt revidiert werden müsse: Angesichts der zutage getretenen Abneigung der Opposition, eine völlige »Abrüstung« durchzuführen, müsse die Partei im Interesse ihrer Selbstverteidigung eine neue energische Ueberprüfung der früheren Oppositionellen durchführen, und zwar in erster Linie der Anhänger von Trotzki, Sinowjew und Kamenew. Diese Linie wurde nicht ohne Schwanken angenommen. Was jedoch die erste Frage betraf, so wurde der Beschluß gefaßt, die Angelegenheit als reguläre Terrorangelegenheit dem Sowjetgericht zu übergeben, und es den Untersuchungsbehörden zu überlassen, den Kreis der Angeklagten nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Das bedeutete die Preisgabe der Oppositionsführer an das Gericht und an die Exekution.

Die ersten Prozesse

Nach Annahme dieses Beschlusses wurde die Partemaschine in Gang gesetzt. Der Feldzug gegen die Opposition wurde mit Plenarsitzungen des Moskauer und Leningrader Parteikomitees eröffnet. An einem und demselben Tage angesetzt, wurden sie besonders feierlich abgehalten, es traten in ihnen Berichterstatter vom Politbüro auf usw. Den Mitgliedern wurde ein umfangreicher Bericht über den Fall Nikolajew ausgehändigt, derselbe, den ich bereits früher erwähnte: mit Zitaten aus dem Tagebuch Nikolajews, Auszügen aus den Aussagen der Angeklagten und anderen Dokumenten. Der Bericht war nur in einer sehr beschränkten Anzahl von Exemplaren angefertigt, wurde nur unter persönlicher schriftlicher Bestätigung der Komitee-Mitglieder ausgehändigt und mußte nachher wiederum gegen Quittung dem Sekretariat des Komitees zurückgegeben werden, wo er in besonderen Geheimschränken aufgehoben wurde. Aber selbst in diesem Geheimbericht wurde die bei Nikolajew gefundene Deklaration nicht vollständig wiedergegeben; offenbar darf nur ein sehr enger Kreis von Personen ihren Inhalt kennen. Die erwähnten Plenarsitzungen fanden natürlich ohne jegliche Debatte statt. Die vorbereiteten Resolutionen wurden einstimmig angenommen und am folgenden Tage wurden alle Kettenhunde losgelassen. Sowohl in der Presse wie in den Versammlungen begann eine wahnsinnige Hetze gegen alle Oppositionellen, insbesondere gegen die früheren Anhänger Trotzki und Sinowjews. So wurde die »öffentliche Meinung« geschaffen, die für die Durchführung der Abrechnung notwendig war.

Der erste Prozeß weckte verhältnismäßig wenig Erörterungen. Die Angeklagten waren verloren. Niemand wagte für sie einzutreten. Zu den Gerichtssitzungen wurden nicht einmal die nächsten Angehörigen zugelassen. Es wäre übrigens schwer gewesen, sie, mindestens in Leningrad, ausfindig zu machen, da alle, die in

irgendwelchen persönlichen Beziehungen zu den Angeklagten standen, ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts und der Parteizugehörigkeit unter dem Verdacht der »Mittäterschaft« verhaftet waren. An den Gerichtssitzungen nahmen nur diejenigen teil, die durch ihre amtliche Stellung dazu berufen waren. Daraus erklärt es sich, daß über diesen Prozeß so wenig gesprochen wurde. Es unterliegt indes keinem Zweifel, daß er keineswegs glatt verlaufen ist: fast alle Angeklagten bestritten die gegen sie erhobene Anklage, lehnten die ihnen zugeschriebenen Aussagen ab und sprachen von dem Druck, der während der Untersuchung auf sie ausgeübt worden war. Kein einziger von ihnen bestätigte die Existenz eines »verschwörerischen« Zentrums. Natürlich blieben alle diese Proteste ergebnislos.

Unter noch stärkerer Abgeschlossenheit wurde der Prozeß gegen die Leiter der Leningrader Abteilung des Innenkommissariats abgehalten, aber in seinen Verhandlungen herrschte ein ganz anderer Ton: Die Anklagen waren relativ milde, die Angeklagten bekannten ihre Schuld, sie beriefen sich aber auf Anweisungen, die auf Kirow selbst zurückgingen. Das Urteil frappte alle diejenigen durch seine Milde, denen bekannt war, wie streng bei uns sonst die Strafen selbst für eine einfache Nachlässigkeit ausfallen, wenn es sich um den persönlichen Schutz der »Führer« handelt. Selbst Balzewitsch, der die Hauptleitung des Schutzes des Smolny-Instituts in Händen hatte, wurde nur der »verbrecherisch-nachlässigen Erfüllung« seiner amtlichen Obliegenheiten für schuldig befunden und zu 10 Jahren Konzentrationslager verurteilt. Der Chef der Leningrader Abteilung des Innenkommissariats und sein Vertreter kamen mit drei, bzw. zwei Jahren davon, wobei sie gleichzeitig mit verantwortlichen Posten in der Verwaltung der Konzentrationslager betraut wurden, so daß de facto das Urteil für sie nur eine gewisse Degradierung bedeutete.

Einen ganz anderen Charakter trug der Prozeß gegen Sinowjew, Kamenew usw. Er war von Anbeginn an als »Schauprozeß« gedacht, der in »voller Öffentlichkeit« durchgeführt werden sollte, und dessen Zweck es war, die Führer der Leningrader Opposition in den Augen der dortigen Bevölkerung endgültig zu »entlarven«. Die Angeklagten, die, wenn ich nicht irre, in den letzten Jahren sämtlich außerhalb Leningrads gelebt hatten, wurden aus Moskau und anderen Städten dorthin gebracht. Es war im Grunde ein Prozeß gegen das Leningrader Parteikomitee der Sinowjew-Periode, ausgenommen diejenigen Personen, die schon damals treue Stalinisten waren.

Den Angeklagten wurde erklärt, daß die Partei von ihnen Hilfe im Kampfe gegen die terroristischen Strömungen fordere, die auf dem Boden der von ihnen seinerzeit entfesselten extremen fraktionellen Kämpfe entstanden waren. Sie müßten der Partei diese Unterstützung erweisen, indem sie sich politisch zum Opfer bräuchten: Nur die reumütigen Bekenntnisse der Oppositionsführer vor dem Gericht, nur die Uebernahme der Verantwortung für diese terroristischen Strömungen und die entschiedene Verurteilung derselben könnten ihre ehemaligen Anhänger veranlassen, auf dem eingeschlagenen Wege Halt zu machen und ihre Tätigkeit einzustellen. Dieser Vorschlag stieß viele der Angeklagten ab, — für seine Annahme trat unter den Angeklagten hauptsächlich Kamenew ein.

Dieser letztere wurde vor seiner Verhaftung zu Stalin gerufen; offenbar war das noch vor der entscheidenden Sitzung des Politbüros. Stalin wollte angeblich in persönlicher Unterredung nachprüfen, ob

Kamenew sein ihm gegebenes Wort gehalten, oder ob er trotz seiner Schwüre seine Verbindungen mit der Opposition aufrecht erhalten hatte. Es verlautete, daß diese Unterredung einen dramatischen Charakter trug. In Moskau hatten die ehemaligen Oppositionellen in der Tat ähnlich wie in Leningrad »auf dem Boden gemeinsamen Tee-Trinkens« gewürzt durch fröndende Gespräche, die Fühlung miteinander aufrechterhalten, und obwohl Kamenew an diesen Tee-Abenden nicht teilnahm, so wußte er doch von ihrer Existenz, informierte sich über die dort geführten Gespräche und erklärte in vertraulichen Unterhaltungen mit einzelnen Teilnehmern, daß er im Grunde derselbe geblieben sei, der er früher war. Diese Erklärungen Kamenews waren allen Teilnehmern der »Tee-abende« bekannt; irgend jemand erzählte davon den befreundeten Gesinnungsgenossen in Leningrad und von ihnen erfuhr es auch Agranow. Jetzt versuchte Kamenew, sich damit herauszureden, daß man ihn nicht verstanden und seine Worte falsch ausgelegt habe, aber schließlich bekannte er seine Schuld, versprach Besserung und brach sogar in Tränen aus. Aber Stalin erklärte, daß er ihm jetzt nicht mehr glaube und die Angelegenheit den »normalen« gerichtlichen Weg gehen lasse.

Die moralische Verleumdung

Es muß anerkannt werden, daß die Haltung der ungeheuren Mehrzahl der Oppositionellen vom Standpunkt der politischen Ethik in der Tat nicht auf der nötigen Höhe steht. Gewiß sind die Bedingungen in unserer Partei unerträglich. Es ist absolut unmöglich, loyal zu sein und die an uns gestellten Forderungen in vollem Umfange zu erfüllen: täte man das, so müßte man sich in einen Denunzianten verwandeln, und ständig ins Zentralkomitee laufen, um dort über jede zufällig gehörte oppositionelle Phrase, über jedes oppositionelle Dokument, das einem in die Hände fällt, Bericht zu erstatten. Eine Partei, die an ihre Mitglieder derartige Anforderungen stellt, darf natürlich nicht erwarten, daß man sie als freien Verband von Gesinnungsgenossen, die sich für bestimmte Zwecke freiwillig zusammengeschlossen haben, betrachtet. Lügen müssen wir alle, ohnedem kann man nicht leben. Aber es gibt bestimmte Grenzen, die man beim Lügen nicht überschreiten darf. Aber die Mitglieder der Opposition, insbesondere ihre Führer, haben diese Grenzen leider sehr oft überschritten.

In früheren Zeiten hatten wir alte »Politiker« einen bestimmten Ehrenkodex für den Verkehr mit der Welt der Herrschenden. Es galt als Verbrechen, wenn man ein Gnadengesuch einreichte: wer das tat, war politisch erledigt. Wenn wir im Gefängnis oder in der Verbannung saßen, lehnten wir es ab, der Obrigkeit gegenüber selbst in den Fällen, wo wir uns dadurch Erleichterungen verschaffen konnten, das Versprechen zu geben, daß wir keinen Fluchtversuch unternehmen würden. Die allgemeine Auffassung war die: Wir sind ihre Gefangenen; ihre Aufgabe ist es, uns zu bewachen, unsere — aus der Gefangenschaft zu entfliehen. Wenn es sich in Ausnahmefällen als notwendig erwies, eine Verpflichtung einzugehen, so mußte sie streng eingehalten werden: es galt als schmachvoll, die unter Abgabe eines Ehrenwortes erzielten Erleichterungen für eine Flucht auszunutzen, und die alte »Katorga« prägte sich gut die Namen derjenigen ein, die durch derartige Vergehen den Ruf der politischen Gefangenen in Mißkredit gebracht hatten.

Jetzt hat sich die Psychologie vollkommen gewandelt. Jetzt wird die Einrichtung eines Gnadengesuches als eine ganz normale Angelegenheit betrachtet: dies ist meine Partei, und ihr gegenüber können die Regeln, die unter dem Zarismus ausge-

arbeitet wurden, absolut nicht mehr eingehalten werden; dieses Argument hört man auf Schritt und Tritt. Aber diese »meine Partei« darf man offenbar auf Schritt und Tritt betrügen, denn sie kämpft gegen ihre ideellen Gegner nicht mit den Methoden der Ueberzeugung, sondern mit denen der Gewalt. Daraus ist eine besondere Ethik entstanden, die die Annahme jeglicher Bedingungen, die Unterzeichnung jeglicher Verpflichtungen gestattet, — mit der vorgefaßten Absicht, sie nicht einzuhalten, — eine Ethik, die besonders unter den Vertretern der alten Parteigeneration weit verbreitet ist und gegen die erst jetzt mit großer Mühe die Jugend anzukämpfen sucht...

Diese neue Ethik hat auf die Reihen der Opposition außerordentlich zersetzend gewirkt: Die Grenzen zwischen dem Erlaubten und Unerlaubten sind vollkommen verwischt und viele Oppositionelle sind dadurch zu direktem Verrat, zu offenen unverhüllten Judashandlungen getrieben worden. Gleichzeitig jedoch hat sie allen, die gegen irgendwelche Verhandlungen mit ehemaligen Oppositionellen waren, überzeugende Argumente in die Hand gegeben: Können man ihnen denn Glauben schenken, wenn sie es grundsätzlich als zulässig erachten, die Unwahrheit zu sagen? Wie soll man unterscheiden, wo sie die Wahrheit sagen und wo sie lügen? Ihnen gegenüber könne deshalb nur eine Linie eingehalten werden: niemandem von ihnen zu glauben, niemals, was er auch sage, welche Schwüre er auch ablegen würde. Diesen Standpunkt nahm von Anfang an Jeshow ein, und jetzt hat seine Linie einen entscheidenden Sieg davongetragen.

Ungeachtet aller Bemühungen Kamenews, der durch seine Verhaftung vollkommen zerschlagen war und alles mögliche unternahm, um seine Reue glaubhaft zu machen, gelang es ihm nicht, alle Angeklagten im »Prozeß des Leningrader Parteikomitees« (wie der Prozeß von Rechts wegen hätte heißen müssen) zu veranlassen, mit einem offenen Schuldbekenntnis aufzutreten. Der Plan, einen Schauprozeß zu organisieren, fiel deshalb ins Wasser, denn es wurde als unmöglich erachtet, in diesem kritischen Moment einen Prozeß zu inszenieren, in dem ein Teil der Angeklagten die Erklärungen des anderen Teiles bestritten hätte. Dieser Prozeß wurde bei geschlossenen Türen abgehalten und seine Ergebnisse befriedigten niemand. Jeshow forderte die Todesstrafe, und in diesem Sinne wurde der Feldzug in Presse und Versammlungen geführt. Aber in den Reihen der alten Bolschewisten konnte man sich mit diesem Gedanken noch nicht aussöhnen. Nicht nur einzelne verdiente Parteimitglieder wandten sich an Stalin mit der Bitte, daß die Todesstrafe nicht angewendet werde, sondern im Verband der »alten Bolschewisten« wurden offen Unterschriften für eine gemeinsame Erklärung an das Politbüro gesammelt, in der an das grundlegende Vermächtnis Lenins erinnert wurde; »Möge kein Blutstrom uns voneinander trennen«... Für die Anwendung des »höchsten Strafmaßes« war der Boden offenbar noch nicht vorbereitet und im Politbüro brachte Stalin selbst den Antrag ein, diese Strafe in diesem Prozeß nicht anzuwenden. Es genügte ihm, daß diese Frage offen aufgerollt war... Mit um so größerer Energie begann man nun die weitere Säuberung der Partei.

Die Kreml-Verschwörung

In der nun entstandenen Situation war der schnelle Aufstieg Jeshows vollkommen begrifflich. Er gelangte nicht nur ins Politbüro, sondern nahm auch den Posten des fünften Sekretärs des Zentralkomitees ein, den gleichen Posten, zu dessen Uebernahme Kirow nach Moskau hätte übersiedeln sollen. Ihm wurden die gleichen Abteilungen unterstellt, die Kirow verwalten sollte. Im Politbüro trat ein Wandel des Kräfteverhältnisses ein: beide Plätze, die nach dem Tode Kirows und Kuibyschews (die beide Anhänger der Versöhnungspolitik gewesen waren) frei wurden, wurden von den entschiedensten Gegnern irgendwelcher Milderungen des politischen Kurses besetzt.

Im Besitz der notwendigen Vollmachten begann Jeshow nun eine energische Säuberung des Apparates. Der »Verband der ehemaligen Katorgagefangenen« wurde aufgelöst, denn hauptsächlich aus den Schriften dieses Verbandes hatte Nikolajew sein terroristisches Pathos geschöpft. Auch der »Verband der alten Bolschewisten« wurde geschlossen, denn

hier hatten alle »frondierenden Alten« Unterschluß gefunden, die kein Verständnis für die »Anforderungen der Zeit« hatten. Die Kommunistische Akademie, in der die »Theoretiker« sich befestigt hatten, wurde liquidiert. Stezki führte eine energische Säuberung des Redakteurpersonals der Presse sowohl in der Provinz wie in den Hauptstädten durch. Im Frühjahr 1935 wurde der »zweite Kamenew-Prozeß« in Verbindung mit einer Verschwörung gegen das Leben Stalins aufgezogen, an der eine Anzahl Beamter aus der Schutzwache des Kreml teilgenommen haben soll. Anschließend lag diesem Prozeß ein Kern Wahrheit zugrunde: dieser Prozeß wurde bei uns so eifrig totgeschwiegen, wie das nur mit Prozessen geschieht, in denen man mit wirklichen und nicht mit gebrochenen Gegnern zu tun hat. Kamenew war natürlich ganz zu Unrecht in diesen Prozeß mit verwickelt worden: er stand offensichtlich mit den Angeklagten in gar keiner Verbindung, aber sein Name mußte im Prozeß figurieren, um die Opposition noch weiterhin zu diskreditieren. Zudem nahm Stalin ihm gegenüber eine solche Haltung ein, daß es nur vorteilhaft war, wenn man mit aller Heftigkeit auf ihn losschlug. Dem erwähnten Prozeß jedoch lag, wie bereits erwähnt, dennoch ein Körnchen Wahrheit zugrunde: mindestens wurden Gespräche darüber geführt, daß es notwendig sei, in Moskau denselben Weg zu verfolgen, der in Leningrad von Nikolajew besprochen worden war... Aber die Beaufsichtigung der Schutzwache im Kreml war weit sorgfältiger, als im Smolny-Institut...

Der Fall Gorki

Das wichtigste Ergebnis dieses Prozesses war einerseits der Sturz Jenukidse und andererseits die erste »Warnung« an die Adresse Gorkis.

Jenukidse gehörte zu den alten und intimen Freunden Stalins. Der letztere liebte ihn zweifellos in seiner Art und unterhielt mit ihm enge persönliche Beziehungen. Jenukidse gehörte zu den wenigen Leuten, die Stalin zuweilen besuchten; er wurde auch stets zu den intimen Abendgesellschaften eingeladen, an denen Stalin teilnahm und arrangierte auch selbst solche Gesellschaften. Jenukidse war mit der verstorbenen Frau Stalins befreundet gewesen, die als Kind auf seinen Knien gespielt hatte, und Stalin pflegt alle Erinnerungen an seine verstorbene Frau mit einer Weichheit, die seinem Naturell sonst fremd ist. Jenukidse war schließlich ein Mann, hinsichtlich dessen Stalin vollkommen überzeugt war, daß er keinerlei Intrigen gegen ihn führte. Und dennoch wurde er gestürzt. Grund dafür war die Unterstützung, die Jenukidse den im Leningrader Prozeß verurteilten Angeklagten und ihren Familienangehörigen erwies.

Es muß gesagt werden, daß Jenukidse überhaupt in ziemlich weitem Umfange die politischen Gefangenen und Verbannten unterstützte — das war sowohl in Parteikreisen wie in den Kreisen der Gefangenen und Verbannten allgemein bekannt. Natürlich wußte das auch Stalin, und zwar nicht nur aus den Berichten der GPU, sondern auch aus den Erzählungen Jenukidses selbst, der, wie verlautet, die inoffizielle Zustimmung Stalins zu dieser Hilfstätigkeit hatte. Denn ohne die Zustimmung Stalins wäre diese Tätigkeit Jenukidses vollkommen unmöglich gewesen.

Aber die Zeiten haben sich gewandelt. Jeshow erklärte, daß die Gutherzigkeit Jenukidses zersetzend auf den Apparat wirke und daß es zur Hebung der Kampffähigkeit des Apparates notwendig sei, Jenukidse zu entfernen. Es heißt, daß Stalin gewisse Versuche gemacht hat, Jenukidse zu verteidigen, aber offenbar waren diese Versuche nur sehr schwach, denn schließlich wurde Jenukidse von allen seinen Posten entfernt. Die einzige Hilfe, die Stalin ihm erwies, bestand darin, daß er keinerlei Repressalien unterworfen wurde und einen ruhigen, wenn auch von jedem politischen Einfluß entfernten Posten im Nördlichen Kaukasus erhielt, wo er die Erholungsheime und Kurorte verwaltet. Die Jeshow nahestehenden Personen versuchen, diese Haltung Stalins als besonders edel herauszustreichen: wo es im Interesse der Partei und des Landes notwendig sei, zögere Stalin nicht, seine persönlichen Empfindungen zum Opfer zu bringen. In Wirklichkeit liegt der Fall ganz anders: soweit Stalin

diese Seite der Tätigkeit Jenukidses kannte und billigte, läuft seine Haltung viel eher auf glatten Verrat hinaus.

Weit komplizierter aber war der Fall Gorki. Nach der Ermordung Kirows geriet Gorki in Wut und verlangte die Exekution der Terroristen. Als es sich aber herausstellte, daß man dieses Attentat für eine völlige Schwenkung der politischen Linie ausnutzen wollte, die im Jahre 1934 in Aussicht genommen wurde und für die er sich so energisch eingesetzt hatte, bot er seinen ganzen Einfluß auf, um Stalin von der Beschreitung dieses Weges zurückzuhalten. Besonders stark war seine Unzufriedenheit während des zweiten Kamenew-Prozesses, wo das Leben Kamenews ernstlich bedroht war.

Alle seine Bemühungen blieben jedoch ergebnislos. Stalin stellte seine Besuche bei Gorki ein, und ging nicht ans Telefon, wenn dieser ihn anrief. Es kam so weit, daß in der »Prawda« ein Artikel Saslawskys gegen Gorki erschien, eine Tatsache, die früher vollkommen unmöglich gewesen wäre. Die informierten Kreise wußten, daß Saslawsky diesen Artikel in direktem Auftrag Jeshows und Stezkis geschrieben hatte: er wird überhaupt jetzt eifrig für derartige Aufträge benutzt, denn er schreibt flott und und ist von sittlichen Hemmungen frei. Gorki war empört, rebellierte und verlangte sogar, daß ihm ein Auslandspaß ausgestellt werde. Das wurde ihm kategorisch verweigert, aber zu entscheidenden Maßnahmen gegen ihn kam es nicht. Denn Gorki war, trotzdem Gorki, absetzen konnte man ihn nicht und seine Stellung konnte man ihm nicht rauben.

Der Kurs auf die Prozesse

All diese Maßnahmen des inneren Parteiterrors, die auf den ersten Prozeß gegen Kamenew und Sinowjew folgten, blieben den Außenstehenden vollkommen unbekannt. Sie spielten sich hinter den Kulissen ab, während für die Umwelt der Beginn des Jahres 1935 eine Periode des »Sowjetfrühlings« zu sein schien. Eine Reform folgte auf die andere und alle hatten ein und dasselbe Ziel: Aussöhnung mit der parteilosen Intelligenz, Erweiterung der Basis der Sowjetgewalt durch Heranziehung aller Personen, die in der Praxis des positiven Aufbaues auf diesem oder jenem Gebiet ihre Talente und ihre Anhänglichkeit an die Sowjetgewalt erwiesen hatten. Alle, die früher die Pläne Kirows unterstützt hatten, begrüßten nun die Maßnahmen Stalins, denn sie glichen doch vollkommen all dem, was Kirow verlangt hatte. Für Gorki jedoch war die Aussöhnung der Sowjetgewalt mit der parteilosen Intelligenz der geheime Traum seines Lebens, — die Rechtfertigung seines Kompromisses mit sich selbst, als er aus Sorrent nach Moskau zurückkehrte.

Unter diesen Umständen erschien die Fortsetzung des inneren Parteiterrors als eine ärgerliche Zufälligkeit, als eine zu weit ausgedehnte Reaktion auf das Attentat Nikolajews, keineswegs aber als ein Symptom eines bevorstehenden radikalen Wechsels des gesamten Kurses der Parteipolitik. Alle waren überzeugt, daß die einfache Logik der konsequenten Politik der Annäherung an die Intelligenz unvermeidlich die Parteileitung zwingen müsse, auf die Bahn der Versöhnungspolitik auch innerhalb der Partei zurückzukehren. Bei Stalin müsse nur der heftige Anfall seines krankhaften Mißtrauens vorübergehen! Deshalb müsse man immer häufiger und dringender die Ergebenheit der Partei gegenüber ihrer jetzigen Leitung unterstreichen, und bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten Stalin beweihräuchern. (Was tun, wenn er diese Schwäche hat und nur durch gewaltige Portionen von Schmeicheleien beruhigt werden kann). Man müsse bestrebt sein, diese Kleinigkeiten zu vergessen angesichts der großen Leistung Stalins, der die Partei durch die kritischen Jahre des ersten Fünfjahresplanes hindurchgeführt habe, man müsse immer lauter und dringender darüber sprechen, welche ungeheure Wandlung sich vollzogen habe, in welcher »glücklichen Periode« wir eingetreten seien, nachdem die gesamte Politik der Partei auf den Boden der Erziehung der Massen zur Menschlichkeit, zur Achtung der menschlichen Persönlichkeit und zur Entwicklung des »proletarischen Humanismus« gestellt worden war.

Wie naiv waren wir doch mit all diesen Hoffnungen! Rückschauend kann man es heute schwer verstehen, wie wir jene Symptome nicht bemerken konnten, die darauf hinweisen, daß wir uns nach einer

ganz anderen Richtung bewegten, daß die Entwicklung nicht auf die Versöhnung innerhalb der Partei, sondern auf die logische Vollendung des inneren Parteiterrors hinsteuerte: auf die Periode der physischen Vernichtung all jener Personen, die nach ihrer Parteivergangenheit als Konkurrenten Stalins, als Kandidaten für seine Nachfolgerschaft am Regierungsteuer auftreten konnten. Heute unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß eben in dieser Periode, zwischen der Ermordung Kirows und dem zweiten Kamenew-Prozeß Stalin seinen Entschluß gefaßt und seinen »Reformplan« ausgearbeitet hat als dessen notwendige Bestandteile sowohl der »Prozeß der Sechzehn«, wie alle anderen Prozesse, die uns in mehr oder weniger naher Zukunft bevorstehen, in die Erscheinung treten. Wenn Stalin vor der Ermordung Kirow noch schwankte, da er nicht wußte, welchen Weg er einschlagen solle, so hat er jetzt seinen Entschluß gefaßt.

Der idealistische Kinnhaken

Der deutsche Boxsport ist endlich dank nationalsozialistischer Fürsorge aus dem bedenklichen Fahrwasser liberalistisch-marxistischer Verrottung herausgelöst worden. Der Reichsportführer ernannte soben einen der bewährtesten alten Kämpfer, den Ministerialrat im Reichinnenministerium Dr. Franz Metzner zum neuen Reichsfachamtleiter für Boxen. Nach welchen Prinzipien der Boxführer seinem hohen Amte vorzustehen gedenkt — er wird zugleich auch Führer des Verbandes deutscher Faustkämpfer und holt sich nach eigener Angabe durch allmorgendliche Übungen seines Bizeps immer wieder frische Kraft und Freude für seinen Dienst unter Frick — darüber berichtet anschaulich die deutsche Presse:

»Der Nachwuchs soll eine besonders pflegliche Behandlung und Förderung erfahren, indem vor allem ein viel größerer Wert als bisher auf eine richtige Grundschulung gelegt wird, selbstverständlich wird auch dem Kampfboxen, in dem Deutschland zu den führenden Nationen der Welt gehört, die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet. Richtlinie für alle Maßnahmen des neuen Reichsfachamtleiters wird die Auffassung sein, daß nur eine idealistische Einstellung die Grundlage für den deutschen Boxsport und seine Entwicklung sein kann und darf.«

Die Welt weiß es also jetzt. Mögen die andern weiter grob-materialistisch boxen: der deutsche Fausthandschuh ist mit der Seele im Bunde und jedes angeschlagene Auge ist ein Offenbarungswunder des deutschen Mythos.

Nur nicht lernen!

Der Schulunterricht wird weiter gestört. Die deutschen Zeitungen berichten:

»Unter dem Stichwort: »Die Partei im Kampf für Deutschland« gibt die nationalsozialistische Presse gegenwärtig bis zum 20. April in besonderen Aufsätzen einen Rückblick auf die nationalsozialistische Arbeit der letzten vier Jahre. Der Reichserziehungsminister hat die Unterrichtsverwaltungen der Länder ersucht, die Schulen hierauf hinzuweisen und dafür zu sorgen, daß diese Fragen im Unterricht in geeigneter Weise eingebaut werden.

Gleichzeitig gibt der Minister die Themen bekannt, bei denen es sich u. a. handelt um: Partei und Bolschewismus, Betrieb der Gegenwart und der Zukunft, SA marschiert auch heute, Unsere Frauen am Werk, Sorge für den schaffenden Menschen, Der Volksgenosse und die NSDAP, Die Führerauslese der Partei, Partei und Staat. Für den 20. April ist als Thema angesetzt: Adolf Hitler, der Schöpfer und Führer der Partei, der neuen deutschen Nation.«

All das soll »in den Unterricht eingebaut werden«. Wäre es nicht besser, zur Abwechslung wieder mal ein wenig Unterricht in die deutsche Schule einzubauen?

Ungleicher Wettkampf

Die ostpreussische Parteipresse läßt sich über die örtlichen Ergebnisse des Reichsberufswettkampfes aus und schreibt unter anderem:

»Es ergab sich, daß die Beantwortung der weltanschaulichen Fragen durch die Angehörigen der Hitlerjugend und des BdM eine bedeutend bessere war, als die der nicht in den Reihen der Staatsjugend stehenden Wettkämpfer.«

Wenn die Beantwortung der fachlichen Fragen gleichfalls »bedeutend besser« gewesen wäre, so hätte man das bestimmt nicht unerwähnt gelassen. Aber hier pflegen die armen Opfer des braunen Kinderdrills — wie sich bei den vorigen Wettkämpfen gezeigt hat — in schöner Einmütigkeit zu versagen.

Die Frau als Schwerarbeiterin

Ungeheures Arbeitstempo — Männerarbeit im Akkord — niedriger Lohn

Im amtlichen Pressedienst der Deutschen Arbeitsfront lesen wir:

»Die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft hat es mit sich gebracht, daß in vielen Betrieben, deren soziale Verhältnisse nicht den Erfordernissen entsprechen, eine Abwanderung von Facharbeitern und Arbeitskräften bereits eintrat, noch bevor die Facharbeiterfrage allgemein da war. Es sind dies vor allem die Betriebe der Ziegeleiindustrie, Keramik usw. In diesen Betrieben, deren Arbeiterabwanderung bei einiger Betriebsvernunft hätte vermieden werden können, glaubt man nun mitunter durch verstärkten Einsatz auch der Frauen in Arbeiten, die Männerkraft voraussetzen, einen Ausweg gefunden zu haben. Dieser Ausweg erscheint manchen um so vorteilhafter, als dadurch bei den niedrigen Frauenlöhnen noch eine Ersparnis erzielt werden kann. So kommt es vor, daß Männer und Frauen z. B. im Gruppenakkord zusammenarbeiten, wobei die Frau trotz des Mithaltens bei dem ungeheuren Arbeitstempo einen niedrigen Lohn als der Mann erhält...«

Wie schlimm muß es bestellt sein, wenn sogar die Arbeitsfront — zwar nicht handelt aber immerhin schimpft. Der Grundsatz, daß die Frau ins Haus gehört, gilt nur für jene deutschen Volksgenossen, die vor Hitler eine befriedigende, den weiblichen Kräften angepaßte und anständig bezahlte Arbeit leisten durften.

Francos Hörspiel

Die demokratischen Sender schweigen.

Die deutschen Sender funkeln neuerdings ein Hörspiel in die Welt: »Alkazar — die Heiden von Toledo«. Mit Geräuschplatten, in Deutschland hergestellt. Bericht aus der Nazipresse:

Die klang- und ausdrucksvollen Stimmen der Darsteller und die im Ton naturechten Geräuschplatten vermittelten ein erschütterndes Bild des Heldenkampfes und geben in anderen Szenen einen großartigen Einblick in das Toben und rücksichtslose Wüten der Roten. Wie ein teuflisches Inferno und eine überirdische Apotheose, so klingen die Bilder mit der Sprengung des Alkazar durch die Roten und die Befreiung der tapferen Ueberlebenden durch die Truppen Francos aus. Der mitreißende Klang des Phalangistenmarches und das sieghafte Läuten der Glocken sind die lebensfrohen Klänge des Anbruchs einer neuen und glücklichen Epoche in der nationalen spanischen Geschichte.

Zu dieser verlogenen Einnischung in den spanischen Bürgerkrieg zugunsten der Putschgenerale wäre nur zu fragen: Wann schwingen sich die Sender der demokratischen Länder endlich zu entsprechenden wahrheitsgemäßen Darstellungen der spanischen Tragödie auf? Wann wird im Hörspiel endlich gestaltet, wie die »Retten des Christentums« durch die neudeutschen Neuheiden und die Krieger Allahs in Wirklichkeit aussieht?!

Häusliches Glück

Die Frau Europa wundert sich, wie solches ihr geschah. Sie schlief, sie schnarchte säntiglich — da stand es plötzlich da.

Ein Pulverfaß im eignen Haus, bis an den Rand gefüllt! Zuerst hat sie den wilden Graus mit Genfer Tuch verhüllt.

Dann stank das Zeug wie faules Ei und knisterte bei Nacht, da ist mit einem Schreckensschrei das ganze Haus erwacht.

Seither geht's der Familie schlecht. Wer lacht, wird isoliert, zu fluchen gar wagt keiner recht — Helf Gott, wenn's explodiert!

In allen Winkeln häuft sich Schmutz, nur leise tritt man auf, für Feuer-, Gas- und Unfallschutz geht aller Wohlstand drauf.

Wenn das noch ein paar Jahre währt, dann ist es einerlei, ob's ausbricht oder weiter gärt — der Hausstand ist entzwei.

Die Kinder erben eine Welt aus Eisen, kahl und grau, kein Brot im Schrank, nicht Gut noch Geld, ein leerer Rattenbau.

Dann schlagen sie mit Aexten drein, bis freier Weg sich bahnt und sorgen, daß kein einziger Stein mehr an die Väter mahnt.

Hugin.

O Muttersprache, Mutterlaut...

Das deutsche Wort in tiefster Not

»Wer da glaubt, in der Sprache ein bloßes Mittel der Verständigung sehen zu dürfen, irrt unerbittlich.«

Hans Johst.

Die »Münchner Neuesten Nachrichten« bringen eine Ecke Sprachreinigung. Da wird erörtert, warum es »sich fragte« und nicht »sich frug« heißt. Und man erfährt, daß der »Sprachberater der Universität« ein entsprechendes Rundschreiben an alle möglichen Instanzen gerichtet hat. Sind das eure einzigen Sprachschmerzen, und wann gibt es endlich einen Sprachberater für die Oberbunzen? Ach, wieviel leichter wäre das Kauderwelsch des Nazilagers zu verstehen, wenn es sich lediglich an einigen Umlauten verginge! Die Reden der Führenden setzen sich nicht nur aus grammatikalischen oder stilistischen Entgleisungen, sondern aus entsetzlichen Verquollenheiten zusammen, die fortlaufende Mißhandlung unserer Muttersprache bedeuten. Noch schlimmer ist das, was sie schreiben, schlimmer deshalb, weil sie bei der Schreibe ruhiger überdenken oder einen Sachverständigen zu Rate ziehen könnten. Die Frage, die ab und zu im Briefkasten der Naziblätter wiederkehrt: »Wie liest man das Werk des Führers am besten?« — diese Frage gleicht einem Notschrei.

Das schlimmste aber bleibt, daß sich diese Schänder unserer Muttersprache als ihre Retter und Erneuerer aufspielen. In der Nazizeitschrift »Neues Volk« wird das wiederum in einem Aufsatz dargelegt und leichtfertig gefaselt, die Sprache sei immer rassegebunden, weshalb ein Jude auf diesem Gebiete »nie deutsche Kulturwerke und -Werte« schaffen könne. Darauf gibt eine einfache Antwort: Man könnte Bücher füllen, wollte man zusammenstellen, welche Schändungen deutscher Sprachkultur sich die heutigen Sprecher Deutschlands leisten. Und da hochgestellte böse Beispiele gute Sitten verderben, so geht die Sprachzucht drüben auch bei den Schriftstellern vor die Hunde, am elendesten bei den Klassikern des neuen Hofdeutschs. Was sich manche dieser Burschen an Verquollenheiten leisten, ist strafwürdig und gehörte noch einmal unter das Rohrstockchen. Greifen wir einen der Prominentesten heraus, indem wir einige Sätze aus Johsts Buch »Ich glaube« hersetzen:

»Die Sprache ist und bleibt der mystische Raum, in der das tiefste Wesen der sie Lebenden lebt, und den Raum der Sprache schmücken oder erweitern, heißt dichten!«

Weiche Hilfslosigkeit, welch ein Quark der ganze Satz. Weiter:

»Das ist die Kunst: aus der Statik der Gewöhnung zu reißen. Kunst ist kein Beweis, kein Erweisen besonderer Geistesqualitäten, sondern Kunst ist Kraft alltägliche Tatsachen des tägli-

chen Lebens auf das Hohelied der Geburt zurückzuzwingen.«

In seiner defätistisch-pazifistischen Zeit schrieb er immerhin weniger dumm, klarer und sauberer. Welch tödliche Verlegenheit, wenn er sich mit der Gesinnung herumschlägt:

»Gesinnung ist mehr wie etwa Charakter, denn Gesinnung, dieses Sammelwort für das Resultat der Sinne bleibt, wie eine kommunizierende Röhre, in ständigem Austausch mit dem Wechselspiel der Sinne, läßt den Menschen offen für alle Einflüsse und steigert sein geistiges Vermögen an ihnen, ohne, wie der Charakter als Resultat von Bildung und Einbildung, sich der Welt nur zugeknöpft und voreingenommen zu nahen.«

Wer? Was? Die Gesinnung, die Sinne? Wer wird an wen oder was gesteigert? Der Arglose muß solche Satzungeheuer dreimal lesen, ehe er dahinter kommt, daß hier arroganter Quatsch mit Soße serviert wird. Das Gleiche, wenn der Hofdichter byzantinert und seinen Besuch bei Hitler beschmückt:

»Er steht auf. Er erleichtert mir den spröden Weg zu sich... Wir sprachen über die Wechselbeziehungen der Kultur zum staatlichen Bewußtsein... Ein fanatisches »Werde!« schwingt aus der Anschauungsgnade des Mannes neben mir.«

So schreibt der hitlerpreisgekürzte Sprachmeister und Präsident der Reichskulturkammer, während der halbamtliche Allerweltschulmeister, das SS-Organ, in Groß- und Fettdruck also sprachliche Unzucht treibt:

»Eine Sonderheit kommt dem deutschen Volk hierbei in hohem Maße zugute, nämlich, daß der Mann, der an der Spitze des deutschen Volkes steht und der politische Führer ist, auch auf künstlerischem Gebiet bestimmt, nicht weil er die Macht hat, sondern über eine Schau der Zusammenhänge verfügt, die, abgesehen von den eigenen architektonischen Leistungen, Gewähr dafür bietet, daß ein Rückfall in negative Experimente des vorigen Jahrhunderts unmöglich sein wird.«

Fett, zwispaltig, im »Schwarzen Korps« vom 18. Februar. Man könnte diese Greuelammlung beliebig fortsetzen und der Versuchung erliegen, daneben die herrliche, bildhafte, klare, saubere Prosa eines Börne, Heinrich Heine, Rathenau und anderer deutschen Juden zu stellen, eine Prosa, an der die braunen Dilettanten deutsche Sprachschönheit lernen könnten. Aber die »Münchn. N. N.« könnten fragen, was diese Abschweifungen mit ihrer Sprachecke zu tun haben, und so wollen wir denn zum Anfang zurückkehren, um dem Blatt etwas aus seinen eigenen Spalten zu bieten. Da hieß es vor einiger Zeit in einem Aufsatz über »Junge Dichter der Nation« (gezeichnet Kurt Ziesel):

»In einer Gemeinschaft junger, gläubiger Verkünder deutschen Schicksals und deutschen Wesens darf dieser Mann nicht fehlen, den ein trauriges Schicksal nach

vorübergehendem Erfolg in die Einsamkeit des Verkanntseins und der Unmöglichkeit einer Wirkung in die Tiefe und Breite des deutschen Volkes verstieß.«

»In der Einsamkeit der Unmöglichkeit einer Wirkung...« Der Mann hat Führereden mit Erfolg absolviert! Und so ähnlich geht es weiter. Greifen wir wiederum hinein ins Volle:

»Ist man versucht, Kratzmann nach diesem Buch etwa in den Begriff eines Romantikers einzuordnen, der alles Leben von der großen Leidenschaft der Gläubigkeit und Inbrunst an sein A u s k o s t e n sieht, so muß man diese enge Einordnung gründlich revidieren...«

»Man hat seit Jahr und Tag Kratzmanns Werke abgewiesen, weil sie ein »zu hohes geistiges Niveau hätten« und daß »im deutschen Volke für so tiefe und weittragende Gedanken kein Interesse vorhanden sei.«

Alles in einem Aufsatz über Sprachkunst! Solche Halbalphabeten richten in Büchern, im SS-Organ, in der Nazipresse über »Asphaltkunst«, über die »undeutsche Literatur der liberalistischen Zeit« und wahre deutsche Kultur... Wenn jedoch solche sprachliche Barbarei in einem großen, einstens geachteten Blatt gedeiht, was soll man da von der Nazipresse verlangen, die seit anderthalb Jahrzehnten unter dem bodenlosen Kauderwelsch ihrer Großkopfen leidet?!

Naziotisch denken, heißt unklar und unwahr denken. Das ist die Hauptwurzel dieses Lasters. B. Br.

Aufgerüsteter Hochschulbetrieb

Wir lesen in der Berliner Presse:

»Der Rektor der Technischen Hochschule Berlin, Prof. Dr. von Arnim, schreibt, daß die Zahl der Studenten an den Technischen Hochschulen nicht ausreiche, um den gesamten Bedarf der Wirtschaft in einigen Jahren zu decken. Augenblicklich sei die Zahl der Studenten in höheren Semestern noch verhältnismäßig groß, aber die Zahl der Studenten in jüngeren Semestern sei außerordentlich niedrig. In den nächsten Jahren werde daher die Zahl der fertigen Diplomingenieure, die die Hochschule verlassen, stark absinken, während der Bedarf der Wirtschaft noch im Steigen begriffen ist.

Die Hochschulen haben alles getan, um den Ausbildungsgang zu verkürzen und den Studenten einen rechtmäßigen Abschluß des Studiums zu ermöglichen.«

Erst wurde die Schulzeit verkürzt — nun das Studium. Im Frieden wäre mit den Erzeugnissen dieser Ausbildung wohl kaum etwas anzufangen — aber wer denkt in Deutschland an Frieden?

Leeres Stroh

Gemecker auf der Filmtagung.

Obwohl nun dem deutschen Filmschaffen eine Förderung von seiten des Staates wie nie zuvor zuteil wird, wollen die Klagen um die Scheinwirklichkeit, die er gebe, nicht verstummen.

(Köln. Volkstztg. vom 7. 3.)

Die erste Jahrestagung der Reichsfilmkammer, die vorige Woche losgelassen wurde, bot ein ziemlich konfuse Bild. Präsident Prof. Lehniuch versuchte in seinem Hauptreferat die Mängel der neudeutschen Filmproduktion braun zu vertuschen. Wir zitieren den Bericht der DAZ:

Mit der immer wieder vorgebrachten Meinung, daß sich der Erfolg nicht berechnen lasse, versuchte der Präsident aufzuräumen. Nur ein russisch gemischtes und unsicheres Volk sei auch in seinem Geschmack unsicher und daher unberechenbar, das deutsche Volk aber werde mit fortschreitender russischer Säuberung ein immer sichereres und klareres Urteil bekommen. Damit würden von selbst alle sogenannten »internationalen Maßstäbe« für den Produzenten verschwinden, und der deutsche Film endlich den nationalen Charakter tragen, der ihm auch die Auslandsgeltung sichere.

So dumm ist doch wohl selbst solch ein Phrasenredner nicht, als daß er nicht wüßte: eine Mischrasse bleibt Mischrasse. Selbst die von den Raaseprofessoren diskutierte Aufmischung durch »nordisches Blut« kann nur neue Mischrasse ergeben. Das »sichere und berechenbare Urteil« des Volkes gäbe es für die Lehniuchs also nie. Was blieb von seinem Referat demnach übrig? Auch er sprach von der »Angst des deutschen Films vor gegenwartsnahen Stoffen,

und er mußte zugeben, daß in allen Filmresorts große Begabungen außerordentlich selten seien, es »komme mithin alles darauf an, sie im kommenden Jahre ausfindig zu machen...« Das hört man so seit drei Jahren. Für die Filmproduzenten meckerte E. H. Correll, Produktionschef der Ufa. Er erklärte, »was der deutsche Autor der Filmindustrie schuldig geblieben sei« und sagte:

»Noch keinem Autor sei es bis jetzt gelungen, den Nationalsozialismus wirklich nachzuspüren und dann filmkünstlerisch zu gestalten. Man habe sich meist auf Äußerlichkeiten beschränkt... Und, was das Wichtigste sei, die deutsche Filmindustrie brauche den neuen, blutvollen Regisseur. Von ihm und dem richtigen Autor sei der Produzent in seiner ganzen Arbeit abhängig.«

Das alles ist vorsichtige Kritik und soll heißen: diese Autoren, wie sie Göbbels träumt, gibt es nicht und die blutvollsten Regisseure wurden verjagt, filmen bei der ausländischen Konkurrenz.

Der Schauspieler und Regisseur Hans Wiemann gestand die Enttäuschungen, die der junge Nachwuchs teils erlitt, teils der Öffentlichkeit bereitete. Diese jungen Hoffnungen seien verbraucht und erledigt worden, ehe sie sich entwickelt hätten:

»Darum ist dies mein dritter Wunsch: Man reiße keine jungen Menschen aus ihrem dunklen Wachstumstadium ins grelle Filmlicht, wenn man nicht den Willen und die Möglichkeit und auch nicht die Macht hat, sie zu üben, sie zu entwickeln und sich bewähren zu lassen.«

Zum Schluß rief er sich vorsichtig am Verbot der Kritik:

»Die Kunstkritik ist abgeschafft worden und die Kunstbetrachtung

wurde an ihre Stelle gesetzt. Zweifelsohne ein Zustand, ungewöhnlich für die Kritiker, denen wirklich der deutsche Film am Herzen lag — es gab nicht viele, aber es gab welche, die uns unsere Fehler wiesen und uns lehren konnten, sie das nächste Mal zu vermeiden — ein Zustand noch weit ungewöhnlicher für uns, die wir Filme machen. In meinen Augen vermehrt er unsere Verantwortung ungeheuer.«

Deutlicher: das Verbot der Kritik vermehrt die allgemeine Kritiklosigkeit und die Kompaßlosigkeit der Kunst. Kurz, eine negative, hilflose Tagung, reich lediglich an leeren Reden und Verströtungen.

Neptun — ein alter Kämpfer

»Bei der letzten Sammlung des Winterhilfswerks, als die Bernsteinabzeichen verkauft wurden, hat der Berliner Luftschutzführer Karl Maenz eine bemerkenswerte Entdeckung gemacht. Er fand ein Stück Bernstein, das deutlich im Innern die Zeichnung eines Hakenkreuzes trug. Die Sachverständigen der Staatlichen Bernsteinmanufaktur in Königsberg, denen das Abzeichen vorlag, haben festgestellt, daß es sich tatsächlich um eine Naturerscheinung handelt.«

»Preußische Zeitung« Nr. 51.

Wer ist gemeint?

Auch ein Gedanke ist ein Lebewesen, das man immer wieder pflegen, gar »ernähren« muß. Sonst wird er träge wie ein alter Teig, wird noch sauer und ranzig wie abgestandene Butter, stirbt am Ende, obwohl er ursprünglich etwas Großes und Fruchtbare versprach.

Autarkie in Walfischen

Gigantische Vierjahresplanung Görings

Schon vor längerem hatte die nationalsozialistische Führung das deutsche Geduldsvolk auf die Vorteile des Verzehrs hochwertiger Walfischfleisch hingewiesen, das an Geschmack und Nährwert sogar über dem von Ratten, Krähen und Igel steht. Nun hat die Oberste Heeresleitung, bei prinzipieller Gutheißung dieser, der Schonung heimischer Viehbestände zugute kommenden Ernährungsdiversion, dennoch gemeint, darauf hinweisen zu müssen, daß im Falle eines Krieges der Nachschub des maritimen Nahrungsmittels nicht genügend gesichert sei. Es bestehe die Gefahr einer Abschneidung Deutschlands von den weit entlegenen Jagdgründen, falls die Führung sich nicht zu einer sofortigen Verzehrfachung der Kriegsflotte entschließen wolle, deren Tarnung vor dem englischen Flottenvertragspartner durch Friedensreden und entristete Dementis zwar einstellweise möglich erscheine, immerhin aber durch landesverräterische Enthüllungen der Emigrantenpresse durchkreuzt werden könne.

Mit gewohnter eiserner Energie hat Ministerpräsident Göring dieses Problem seiner Eigenbewirtschaftung unterstellt. Der Vierjahresplan, so läßt er erklären, beinhaltet auch die Selbständigmachung Deutschlands von überseeischer Walfischzufuhr. »Deutsche, eßt deutschen Walfisch!« — Dieser Ruf ist eine dringende Zukunftsforderung. Kurz und gut: Im Zuge des Vierjahresplans wird Deutschland eine eigene Walfischzucht erhalten.

Zunächst handelt es sich um die Anlage eines entsprechenden Bassins. Zwei Projekte stehen sich hier einstellweise gegenüber: Das Bodensee-Projekt und das Stettiner-Haff-Projekt. Endlich hat auch die Stadt Halle einen Anspruch auf Zuweisung der Walfischzucht angemeldet unter Berufung auf das altehrwürdige Studentenlied:

Halle liegt im Tale,
Wo's so viele Jungfrau'n gibt,
Wie Walfisch in der Saale!

Aus diesem Lied geht die Existenz früherer reicher Walfischbestände im Saalebecken hervor, deren Ausrottung offensichtlich Schuld der Systemzeit und des Versailer Vertrages ist. Was den mangelnden Salzgehalt des Saalewassers anbetrifft, so würde seine Anreicherung mit Salz das alt eingesessene Halorengewerbe Halles zu neuer Blüte erwecken und mindestens 87.345 Handwerkerexistenzen Nahrung und Brot geben.

Die Gegner Halles machen jedoch darauf aufmerksam, daß eine Vermehrung der Walfische in der Saale gemäß dem Liede zwangsläufig eine solche der Jungfern in Halle zur Folge haben würde, die aus bevölkerungs- und wehrpolitischen Erwägungen als durchaus unerwünscht bezeichnet werden muß. Dieses Argument hat durchgeschlagen.

Es stehen also nur noch das Bodensee- und das Haffprojekt einander gegenüber. Die Haffanhänger machen gegen den Bodensee sein Süßwasser und seine periphere Lage geltend: Wer garantiere, daß die in den Bodensee eingesetzten Walfische nicht eines Tages von den jüdischen Sommergästen des Schweizer und des österreichischen Ufers weggeangelt würden? — Die Anhänger des Bodenseeprojekts sehen aber gerade hierin ein Argument für eine beschleunigte »Eindeutschung der beiden reichsflüchtigen Anliegerländer, die ohnehin im Zuge nationalsozialistischer Außenpolitik vorgesehen sei. Außerdem sei auch der Salzgehalt des Stettiner Haffs gänzlich mangelhaft; seine Auffüllung auf Ozeanstärke würde kaum eine geringere Salzanfuhr erfordern als die Besalzung des Schwäbischen Meeres. Beiläufig wird diese für den Bodensee in groben Ziffern folgendermaßen geschätzt: Bei 539 qkm Oberfläche und einer Durchschnittstiefe von 90 m faßt der See rund 50 Milliarden Kubikmeter Wasser. Um diese auf einen Salzgehalt von 4 Prozent (entsprechend dem Ozeanischen) zu bringen, wäre eine einmalige Zu-

fuhr von 2 Milliarden Tonnen, bzw. 2 Billionen Kilo Salz erforderlich, die später eine dauernde Ergänzung entsprechend dem Abfluß des Wassers durch den Rhein erforderten. Hierdurch wäre eine Dauerbeschäftigung der deutschen Salzerzeugung gewährleistet.

Dagegen schwebt den Haffanhängern ein Riesenwerk deutscher Ingenieurkunst vor: eine Ueberland-Wasserleitung, mittels derer Nordseewasser in das Stettiner Haff eingefüllt werden soll. Da dies Projekt die Unterstützung des Stahl — wie des Röhrensyndikates besitzt, so hat es nach dem Grundsatz »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« die größere Chance auf Verwirklichung.

Ist die Bassinfrage gelöst, so bleibt noch die Frage der Futtermittel übrig. Der von jüdischen Plattfüßen gereinigte Badoort Heringsdorf an der Ostsee soll wieder im alten Glanze, auf den sein Name hinweist, aufstehen und mit Hilfe einzusetzender Heringschwärme in die vorderste Front der Erzeugungsschlacht rücken. Durch einen Stichkanal werden die in Heringsdorf gewonnenen Heringe truppweise in das Haff eingelassen und dienen den dort eingesetzten Walfischen zur Speckansetzung.

Es ist dies der gewaltigste Ernährungsplan, der jemals auf der Welt ausgedacht worden ist. Um ihn durchzuführen, sind 58.559.649.539 Tagwerk Arbeit nebst einem Kapitalaufwand von 573 Milliarden Reichsmark erforderlich. Seine Auswirkungen werden gigantisch sein. Während der französische König Heinrich der Vierte seinen Untertanen gerade für jeden Sonntag ein mageres Huhn im Topfe versprechen konnte, wird der durch Hitler glücklich gemachte Nazi-Deutsche Wochen- und Sonntags seinen Walfisch auf der Tafel haben.

Durch Walfischautarkie zur Nahrungsfreiheit! M.

und etwa 1000 auf Einzelhändler übergeführt worden seien. Für etwa 1800 Konsumvereinsläden habe sich die Ueberführung in Einzelgeschäfte trotz lebhafter Bemühungen der beteiligten Stellen nicht durchführen lassen, so daß durch Gründung besonderer Auffanggesellschaften ein Uebergangsstadium geschaffen worden sei.

Der Umfang des Ramschverkaufs von Konsumvereins-Eigentum ist demnach ziemlich groß. Selbstverständlich haben die Konsumgenossenschaftsmitglieder, die doch die Eigentümer der Konsumvereinsläden, ihrer Einrichtungen und Lager sind, in keinem Falle ein Entgelt für die durchgeführten Verkäufe erhalten. Sie sind im wahren Sinne des Wortes bestohlen worden, wobei die staatlichen Stellen bei der Durchführung des Diebstahls Schmiere gestanden haben.

Der »furchtbare Beweis«

Durch die deutsche Presse geht ein Artikel von Alfred Rosenberg, betitelt »Bolschewismus als Ende einer Welt — Asiatische Horde auf märkischem Sande«. In diesem Artikel findet sich das folgende, umfassende Geständnis:

»In Deutschland ist der entscheidende Kampf zwischen Untergangsstimmung und Siegeswille entschieden, und mit diesem Siege hat die nationalsozialistische Bewegung eine europäische Rettungstat größten Ausmaßes unter Adolf Hitlers Führung vollführt. Die Hunderttausenden zu Tode Gemarterten in Spanien sind dafür ein ebenso furchtbarer Beweis, wie die Millionen Ermordeten in Rußland.«

Ist nun der Verfasser Konzentrationslagerreif oder nur sein Deutsch?

Es wird verdeutsch!

Die Kampagne gegen alle Fremdwörter im deutschen Sprachgebrauch rückt jetzt der Lokomotive zu Leib. Wenn man statt Material Werkstoff sagt, statt Automobil Kraftwagen, warum soll es da nicht auch für Lokomotive eine deutsche Bezeichnung geben? Die Redaktion der »Rundschau technischer Arbeit« hat angestrengt darüber nachgedacht und kommt nun mit dem Vorschlag heraus, künftig nicht mehr Lokomotive zu sagen, sondern: — der Zieh.

Die sonst sehr artig gleichgeschaltete »Frankfurter Zeitung« nennt das Ergebnis einen Wortstumpf und kann sich des Lächelns nicht erwehren. Wenn die Lokomotive künftig schon so heißen sollte, so könne man sie sinnvoller eine »Ziehe« nennen. Es klinge reizvoller, »Dampfziehe« zu sagen als »Dampfziehs«. Wie wäre es damit, die Lokomotive einfach die »Tut Tut« zu nennen, dann würden neben den großen auch die kleinen Kinder im Dritten Reich wissen, was damit gemeint ist.

Freundliche Gegend

Die Kriegsmarinestellung Königsberg teilt mit: Auf 54 Grad, 8,1 Minute Nord und 8 Grad und 8,9 Minuten Ost ist ein scharfer Sprengkörper verloren gegangen: seine Aufnahme ist mit Lebensgefahr verbunden.

(»Preußische Zeitung« Nr. 63.)

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »G r a p h i c«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bez. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—) Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Fra. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—) Dänzig Guild 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Fra. 1.50 (18.—) Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60) Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fra. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Fra. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40) Ungarn Pengö 0.35 (4.20) USA 0.08 (1.—)

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakisch: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.805. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Der Frankenzeu und seine Hofnarren

Julius Streichers Lieblingskinder sind die Artisten und sein Haß — soweit es kein Judenhaß ist — gilt vor allem jenen Kritikern, die es gelegentlich wagen, in ihren Zeitungen eine oder die andere artistische Leistung in anderer Weise zu tadeln. Man entsinnt sich des Falles, da der Frankenfürer einen solchen unglücklichen Meckerer vor geladenen Gästen auf das Podium holte und ihn zwang, seine abfällige Kritik laut vorzulesen, wobei der zart besaitete Herausgeber des »Stürmer« es an feinsinnigen Randglossen nicht fehlen ließ. Die solchermaßen durch ein exemplarisches Beispiel gewarnten Nürnberger Journalisten scheinen sich nicht in erwarteter Weise gebessert zu haben, denn ihr Gauleiter sah sich genötigt, ihnen eine weitere Abstrafung angedeihen zu lassen, die diesmal nicht bei einem einzelnen Halt machte, sondern der ganzen unbotmäßigen Meute zugute kam. Unter der Ueberschrift »Julius Streicher mit der Nürnberger Presse auf einer lehrreichen Probe« berichtet der »Frankische Kurier«:

»Wer zufällig am Donnerstag früh als ahnungsloser Fremder das Nürnberger Apollotheater betreten hätte, der hätte sicherlich vor Erstaunen seine Augen weit aufgerissen. Da hätte er nämlich eine Reihe jüngerer und älterer Herren sehen können, die auf ziemlich hohen Leiterböcken versuchten, einen Revuetanz aufzuführen. Sie bewahrten nur mit einiger Mühe das Gleichgewicht und sie sahen keineswegs graziös aus. Und während wir sonst gewohnt sind, daß Artisten auch bei den schwersten Darbietungen lächeln, als sei das nichts: die Truppe, die am Donnerstagsvormittag ihre erste und letzte Vorstellung im Apollo gab, machte in schwerem Kampf um ihr Gleichgewicht einen recht besorgten Eindruck. Wenigstens solange sie auf der Leiter stand und die (teils sehr, teils auch weniger schön geformten) Beine schwang.

Um so mehr lächelten die Zuschauer. Die Zuschauer waren hübsche, lustige Mädchen aus Wien und aus München und auch aus Sachsen. Die Mädels hatten ihre neidlose Freude an den Herren auf der Leiter und fürchteten sich nicht vor ihrer Konkurrenz. Denn diese Herren waren Nürnberger Kunstbetrachter, die unter der Regie und tätigen Mithilfe Julius Streichers durch eigene Anschauung ihre Kenntnisse

auf dem Gebiet der Aristik zeigten.

Zum ersten Male in der uns bekannten Weltgeschichte ereignete sich hier der Fall, daß Künstler und ihre Kritiker die Rollen vertauschten. Es war ein fröhlicher, aber zugleich sehr lehrreicher Anschauungsunterricht...«

Ein Wort gegen die Hundedressuren — und die schuldigen Zirkuskunstbetrachter müssen vor ihrem Frankenfürer bellend auf allen Vieren kriechen, die Peitsche apporrieren, Pfötchen geben und die Hand des Gewaltigen lecken. Wer Ähnliches im Konzentrationslager geübt hat, bekommt vielleicht die wenigsten Fußtritte. Wenn es aber in solchen Augenblicken ohne ersichtliche Ursache einen lauten Knall gibt — dann ist der Geist des alten Nero endlich vor Neid geplatzt.

Der Führer

Waren Sie schon mal in London? Haben Sie sich da von dem berühmten Fremdenführer Henry Rizle führen lassen? Nein? Schade. Da haben Sie was verpaßt, der hätte Ihnen wirklich was geboten. Vor einigen Wochen wurde er vor den Kadl zitiert. Wegen groben Unfugs und Erregung öffentlichen Aergernisses. Seine Spezialität war, den Fremden alles grundsätzlich falsch zu erklären. Die Albert Hall gab er als großen Sportpalast, die St. Paneras Eisenbahnstation als Parlament, den Justizpalast als Wachfigurenkabinett aus. So ließ er auch die Fotos betiteln, welche von den Geführten mit Begeisterung gemacht wurden, und völlig gratis teilte der Führer noch mit, daß bei Ablösung der Wache vor dem Buckinghampalast stets das Lied »Flossie ist ein Girl für mich« gespielt werde.

Toll, sagen Sie? Wieso? In welcher Zeit leben Sie eigentlich? Sind Sie mal in Deutschland gereist? Dort wird Ihnen noch mehr Zauber geboten. Die Naziblätter brachten die Londoner Münchhausensade mit überheblicher Ironie, während doch gerade sie solchen Schwundel kollegial und objektiv würdigen sollten. Was treiben denn die braunen Führer? Ich sage Ihnen, Henry Rizle ist ein Waisenknabe daneben.

Ich bin in Deutschland gewesen. Die Konzentrationslager wurden mir als Erziehungs- und Schulungslager gezeigt. Die Krolloper wird als Parlament ausgegeben. Siedlungen und Volkshelme, die von den Marxisten gebaut wurden: nationalsozialisti-

sche Aufbauarbeit. Dem Volke werden Kanonen gezeigt: das ist der Friede. Kapitalistische Wirtschaft: das ist der deutsche Sozialismus. Leute verschiedener Schichten, mit unsichtbaren Schloßern vorm Mund: Die neue, ruhige Volksgemeinschaft. Kinder, von Francos Bomben zerrissen: die Opfer jüdischer Heimtücke. Das Buch des Führers: deutsche Literatur. Ein Zettel mit ja und nein, im Hintergrunde der Gummiknäppel: die beste Demokratie der Welt. Die republikanische Regierung Frankreichs ebenso wie das restaurationslüsterne Haus Habeburg: Bolschwismus. Der schuldenbeladene deutsche Bauer: Brechung der Zinacknechtschaft.

Solche Führerweisheiten müssen tausende Blätter gedruckt bringen, und in den Schulen wird so was zu Aufsätzen verarbeitet! Ich sage Ihnen, der Londoner Fremdenführer war ein unentwickelter Anfänger dagegen, eine schwache, harmlose Nachahmung anderer Führer. Darum lieferte er seinen Zauber ja auch für ein lächerlich billiges Geld. In Diktatorstaaten hätte sich ihm eine andere Entfaltung seines Talents und größere Karriere geboten. Dort hätte er zu den neuen Millionären gehören können...« Br.

Die Ernte der Konsumvereinsfeinde

Die nationalsozialistischen Konsumvereinsfeinde haben zwar nach vierjähriger Dauer der Hitler-Diktatur die tief eingewurzelte und weit verbreitete deutsche Konsumvereinsbewegung nicht gänzlich vernichten können. Aber sie haben sie doch zu einem guten Teil zerstört und die fortbestehenden Reste der Konsumgenossenschaften dem Einfluß der Mitglieder und ihrem ursprünglichen Zweck entzogen. Unter der Führung der Nationalsozialisten sind die Konsumvereine nicht mehr Schutz- und Selbsthilfe-Organisationen der Verbraucher gegen die kapitalistische Ausbeutung, sondern sie werden als Instrument mißbraucht, mit dessen Hilfe die Verbraucher noch enger in die Maschen der kapitalistischen Ausbeutung verstrickt werden.

Nachdem die deutschen Konsumgenossenschaften von den Nationalsozialisten auf diesen Mißbrauch hundertprozentig gleichgeschaltet sind, hat auch das Tempo der Zerstörung der Konsumvereinsbewegung eine Verlangsamung erfahren. Auf einer Einzelhandels- tagung der Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Elberfeld hat der Ministerialdirektor Dr. Wienbeck mitgeteilt, daß von den insgesamt 3000 Ladengeschäften der Konsumvereine bisher rund 300 Läden geschlossen